

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verantwortlicher: Anstalt Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Infektionspreis
für die einseitige Beilage oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Infektions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere
Anzeigen müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 128.

Bielefeld, Sonnabend, 5. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten
einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Nach Feierabend“.

Die Krise des Imperialismus.

Nicht nur Deutschland und England, Japan und die nord-amerikanische Union sind von der Flottenleidenschaft beherzigt. Im Mittelmeer rüsten Italien und Österreich, in Osteuropa suchen die Türkei und Rußland ihre Kriegsflootten wieder „auf die Beine“ zu bringen, Frankreich und Spanien, China und Brasilien, Mexiko und Argentinien, Chile, Kanada, Australien und Neuseeland, alle, alle stellen sie Flottenprogramme auf, legen sie Nordflotten auf Stapel. Ist es nur kleine Kreuzer und Torpedobootzerstörer, aber gleichviel: Alle wollen sie ein Wortlein mitreden, alle glauben sie etwas schätzen zu müssen. Es scheint manchmal, als ständen wir noch nicht mitten drin, sondern erst im Anfang eines ungeheuerlichen internationalen Wettlaufes. Und die Tatsache, daß selbst sehr friedlich und weltbürgerlich gesinnte Leute, aufrichtige Befürworter der internationalen demokratischen Gleichberechtigung, daß selbst Sozialdemokraten von dieser internationalen Wettlaufungsrunde angezogen werden können, läßt den Kampf gegen den Flottenschwärmus gelegentlich als eine politische undankbare, um nicht zu sagen unfruchtbare Illusion erscheinen.

Aber gerade jetzt gilt es für die Sozialdemokratie, an der alten Parole zäher als je festzuhalten, ja den Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus mit doppelter Energie zu führen. Denn wenn nicht alles täuscht, stehen wir nicht fern von einer Krise, und zwar einer Krise, die weit entfernt davon, den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie als falsch zu erweisen, ihn im Gegenteil glänzend rechtfertigt. Wer zuletzt lacht, lacht am besten, und wer in der Flottenfrage zuletzt recht behält, der wird eine gewaltige Ernte des Volksvertrauens in seine Schwestern sammeln. Denn so weit ist es heute gekommen, daß die Entscheidung über Flotten- und Weltpolitik geradezu in erster Linie die Entscheidung über Vertrauen und Mißtrauen großer Volksteile in sich birgt. Je toller aber der Mißtrauensschwärmus jetzt angebrochen ist, und je höher er in den unmittelbaren bevorstehenden drei bis fünf Jahren möglicherweise noch steigen kann, um so gründlicher wird die Gründung danach sein. Wenn irgend wo, dann wird sich auf diesem Gebiete die Idee von der historischen Dialektik bewahrheiten, das heißt, jene durch vielfache Beobachtungen gestützte Vorstellung, daß eine Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung sich gewissermaßen bis zum Erbrechen durchsetzt, um dann in ihr Gegenteil umzuschlagen: aus einem Hilfsmittel der Entwicklung zu einem Hemmnis zu werden, und damit aus einem die Menschen beherzenden Ideal zu einer Marotte der Altväterischen und Zurückgebliebenen. Unmittelbar bevor aber ein Ideal zur Marotte wird, pflegt es die stärkste suggestive, agitatorische und politische Kraft zu entfalten, zu einer Zeit, in der seine sachlichen, in diesem Falle ökonomisch-politischen Grundlagen bereits ins Wanken geraten sind und in der es aus einem Förderungsmittel tatsächlich zu einem Hemmnis der geschichtlichen Entwicklung geworden ist.

Diesen kritischen Zeitpunkt aber hat die imperialistische Flottenpolitik mit dem russisch-japanischen Kriege und der türkischen Revolution für Europa und die nordamerikanische Union (noch nicht für Japan und China) erreicht. Mit dem Siege Japans über Rußland war dem russischen, dem amerikanischen, dem westeuropäischen Imperialismus in Ostasien ein zwingendes Halt geboten, und mit der türkischen Revolution hat der Unabhängigkeitskampf der mohammedanischen Welt gegen die abendländische Ober- und Vorherrschaft begonnen. Beide, japanischer Sieg und türkische Revolution, bezeugen sich mit ihren Wirkungen in Asien, um dort das mächtigste aller Weltkreise, das britische, an seiner Lebensader zu treffen. Von nun an kann es keine russischen, keine britischen, keine nordamerikanischen, keine französischen oder deutschen Eroberungskriege großen Stils mehr geben. Alle diese Großstaaten sind mit ihren politischen Uebersee- resp. bei Rußland Ueberlandinteressen in die Verteidigungsstellung gedrängt, und selbst das russische Vorgehen in Persien, das englische in Siam trägt wie das österreichische in Bosnien lediglich den Charakter, vor Zerschlagung noch schnell zu retten, was allenfalls zu retten ist.

Die Ironie der Weltgeschichte ist auch diesmal, daß die kapitalistische Ausdehnung selber wirtschaftlich die Kräfte des Widerstandes entseelt hat, die ihrem politischen Vordringen ein Ziel setzen. Wie der Kapitalismus im Innern die mächtige Gegenwehr der Arbeiterbewegung hervorruft, so entseelt er im Ausland die Kräfte nationaler Erneuerung. Nicht immer und zu allen Zeiten ist ja der Nationalismus reaktionär: Wie er in Europa die bürgerlichen Verfassungsstaaten geschaffen hat, so hat er Amerika zur Unabhängigkeit verholfen, so befreit er die asiatischen Völker vom europäischen Herrschaftsdruck, so wird er schließlich auch Afrika den Afrikanern zurückerobert. Die imperialistische Weltmachtspolitik aber hat angefangen, „ode“ zu werden. Deswegen sind auch die Flottenrüstungen verschoben zu bewerten: die der „Schwachen“ als Zeichen ihrer wachsenden Stärke, die der „Starken“ umgekehrt als Beweise ihrer Schwäche und zunehmenden Unruhe. Aber alle Unruhe kann den Starken nichts helfen. Ueber kurz oder lang werden sie zu dem Eingeständnis gezwungen sein, daß ihre Rüstungen viel zu klein geworden sind für die Aufrechterhaltung weltmacht-politischer Ansprüche, und viel zu groß für die Verteidigung der wirklichen „nationalen“ Interessen, die durch ehrliche Anerkennung internationaler Gleichberechtigung am besten gewahrt sind.

Die Sozialdemokratie aber, die die Rüstungen zunächst nur aus dem einen Gesichtspunkt heraus bekämpft hat, daß die Arbeiterklasse als natürliche Gegnerin aller Unterdrückung auch Gegnerin weltmacht-politischer Ausdehnungsbestrebens sein muß, erhält die Bestätigung und Unterstützung ihrer Politik durch die

Erfahrung, daß das machtpolitische Ausdehnungsstreben je länger desto unrettbarer an dem wachsenden Selbstbewußtsein gerade der wirtschaftlich wichtigsten „Objekte“ der Machtpolitik scheitert.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Wird der Familienjinn durch die Erbschaftsteuer gestört? Auf diese Frage antwortet der freisinnige Abgeordnete Prof. Dr. Doormann in der „Vossischen Zeitung“ vom 3. Juni. Der deutschsoziale Reichstagsabgeordnete Dr. Böhm hatte vor einiger Zeit seine agrarischen Freunde, die Großgrundbesitzer, als Güterpekulanten bezeichnet, deren Familienjinn keiner besonderen Schonung bedürfe, und in deren Munde derartige Worte lediglich Schlagworte sind. Dem Dr. Böhm ist dies sehr übel gedeutet worden; er hatte aber recht.

Prof. Dr. Doormann weist an der Hand der Statistik nach, daß der Besitzwechsel durch Kauf um ein beträchtliches häufiger ist als durch Erbgang. Er schreibt:

„Was zunächst den Eigentumswechsel einerseits durch Erbgang, Vermächtnis usw., andererseits durch Kauf, Tausch und Enteignung anlangt, bei allen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken über 2 Hektar Umfang, so lieferte das Jahrzehnt 1896 bis 1905 im Durchschnitt insgesamt 62 255 Fälle jährlich; davon entfielen 24 852 oder 39,7 v. H. auf Erbfälle, der Rest auf Käufe. Verfolgt man die einzelnen Jahre, so sieht man das vorliegende Material es gestattet, so stellen sich die entsprechenden Prozentsätze in den Jahren 1903 bis 1905 auf bzw. 38,1 v. H., 38,4 v. H., 36,6 v. H. Es scheint demnach keinem Zweifel zu unterliegen, daß der Anteil der Erbgänge und ähnlicher Fälle des Besitzwechsels zurückgeht, dagegen der Besitzwechsel infolge Kaufs usw. nicht nur absolut, sondern auch relativ zunimmt.“

Gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung werden auch die Ärzte auf dem in einigen Wochen stattfindenden Vernetzung in Lübeck Stellung nehmen. Der Leipziger Verband, dem über drei Viertel aller deutschen Ärzte angehören, tritt schon jetzt mit bestimmten Vorschlägen hervor:

„Jeder Arzt soll erklären, daß er bei der Ein- und Durchführung des „Entwurfs“ seine Mitwirkung verweigert und nötigenfalls jede Tätigkeit bei den Krankenkassen einstellt, wenn die Bestimmungen über den ärztlichen Dienst in der vorliegenden oder in gleichbedeutender Form Gesetz werden. Sollte der Vernetzung die Bestimmungen für unannehmbar erachten, so soll von dem Wahrspruch zu den sogenannten Schiedsinstanzen kein Gebrauch gemacht werden; an der Aufstellung der Arztordnungen sollen nicht die einzelnen Ärzte, sondern nur die ärztlichen Organisationen mitwirken, ebenso soll die Bewerbung um eine Kassenzulassung oder die Annahme einer angebotenen Stelle nur durch Vermittlung der Organisation geschehen. Sollten trotzdem Arztordnungen aufgestellt und sogenannte Schiedsinstanzen gebildet werden, so soll ihnen die Anerkennung verweigert und es soll das Recht zum Rücktritt von Verträgen vorbehalten werden; jede direkte Vertragsverhandlung soll abgelehnt, Kassentraktate sollen lediglich als Privatpatienten behandelt werden, nach Sägen, die die örtliche Ärzteorganisation aufstellt; es sollen keinerlei Zeugnisse für die Kassen ausgestellt, keinerlei Kassenschemata für Rezepte usw. benutzt werden.“

Das Einfuhrschlein-Geschäft. Wenn die Ägypter Getreide nach dem Auslande ausführen, dann erhalten sie den Getreideschlein, den sie natürlich garmacht bezahlt haben, rückergütet und zwar in der Form, daß sie einen Gutschein bekommen, der auf den Betrag des Schleins lautet, und mit diesem Gutschein dürfen sie dann den Zoll für eine Reihe anderer Produkte, die sie aus dem Auslande einführen, bezahlen. Diese Einfuhrschleine sind ein direktes Geschenk an die Ägypter. Im Jahre 1908 wurden nicht weniger als 99,26 Millionen Mark an solchen Einfuhrschleinen ausgestellt und im Monat April ist für den ausgeführten Roggen 4,23 Millionen Mark mehr an Einfuhrschleinen bezahlt worden, als das Reich für den eingeführten Roggen an Zoll eingenommen hat. Diese Einfuhrschleine tragen ganz wesentlich mit dazu bei, daß die Einnahme aus dem Getreidezoll fast regelmäßig hinter den Voranschlägen zurückbleibt.

Der Reichsverband „erklärt“. Zu dem in der Parteipresse veröffentlichten geheimen Briefwechsel zwischen dem fürstlichen Reichsgründerdirektor Regierungsrat Reindorf und dem Schulinispektor Dr. Seehausen in Waldburg, in dem die Volksschullehrer als unfähige Elemente bezeichnet wurden, gibt der Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Doerr-Breslau, eine Erklärung ab. Im Auftrage der Hauptleitung des Reichsverbandes und des Vorstehenden des schlesischen Landesauschusses, Fürsten Pleß, erklärt er, daß sowohl der Reichsverband wie auch der schlesische Landesauschuß mit dem Inhalte des Briefes in keiner Weise einverstanden seien, im Gegenteil seien die Lehrer im Kampfe gegen die Sozialdemokratie garmacht zu entbehren. Der Brief Reindorfs enthalte nur die persönliche Ansicht des Verfassers; ein Beschluß, Volksschullehrer nicht zu den Ausbildungskursen des Reichsverbandes zuzulassen, sei nicht gefaßt worden.

Die preussischen Schullehrer werden nach dieser Erklärung vermutlich in Massen unter die Fahnen des Reichsverbandes eilen, um die Sozialdemokratie vernichten zu helfen.

Die hohen Mehl- und Getreidepreise und die Leipziger Bäderrennung. Kürzlich liehen die Leipziger Bädermeister in der Leipziger Presse ein Inserat los, in dem sie auf die durch die hohen Mehl- und Getreidepreise notwendig gewordene Verkleinerung des Gebäudes hinwiesen und die Schuld an dem Zustande den Ägyptern zuschoben, also den Bräunern, denen gerade die Bädermeister die treueste Gefolgschaft geleistet haben. Mittwoch, 2. Juni, hat nun eine Verammlung der Leipziger Bäderrennung zu der Situation Stellung genommen und nach Anregung einer anderweitigen Gebäuderegulierung eine Resolution angenommen, in der die Verkleinerung sich gegen das „verwerfliche System der Ausfuhrprämien in Form von Einfuhrschleinen und deren Verwendung bei Einfuhr anderer Produkte, sowie der Begünstigung der Ausfuhr von Getreide durch Ausfuhrtarife“ wenden.

Der deutsche Bäderrennungsverband „Germania“ soll eine Petition an den Reichstag und die Regierung richten, in der gefordert wird, daß der Identitätsnachweis wieder eingeführt und jeder Export- und Ausnahmetarif für Brotgetreide aufgehoben werde.

Keine Beteiligung der Behörden am Wahlkampf. Heidelberg, 3. Juni. Der Minister des Innern, Freiherr von Boettmann, hat, dem „Heidelberger Tageblatt“ zufolge, angeordnet, daß die ihm unterstellten Amtsvorstände bei den für den kommenden Herbst bevorstehenden Landtagswahlen sich neutral verhalten und sich nicht an den Wahlkampf beteiligen sollen.

Protest gegen die Reichswertzuwachssteuer. Die Vorstände der Vereine der freisinnigen Volkspartei in Elberfeld haben beschlossen, den Oberbürgermeister und das Stadtordeutenkollegium in einer Eingabe zu ersuchen, beim Reichstage gegen die beabsichtigte Reichsumsatz- und wertzuwachssteuer Einspruch zu erheben. In dem Antrage wird hervorgehoben, daß damit „gegen eine weitere Belastung des städtischen Grundbesitzes und gegen die ungeheuerliche konservativ-ultramontane Geheißmacherei protestiert werden soll“.

Regierungen und Finanzreform. Die „Nationalzeitung“ behauptet in ihrer Nummer vom 4. Juni, sie habe von unterrichteter Seite erfahren, daß die Regierung entschlossen ist, die Einkommensteuer, die Mähenumsatzsteuer und den Kleinfuhrzoll mit aller Schärfe zu bekämpfen. Die Einkommensteuer entspreche der Forderung der verbündeten Regierungen nach 100 Millionen Reichsmark aus dem Grunde nicht, weil sie nicht allgemein wirkt. Eine Steuer, die in einheitlicher Weise ein einzelnes Gewerbe belastet, sei keine Einkommensteuer. Die Einkommensteuer könne aber weder als Ersatz für die Erbschaftsteuer, noch überhaupt als Ersatz für die Erbschaftsteuer kommen. Sie müsse von der Regierung abgelehnt werden. Was von den 100 Millionen die Erbschaftsteuer nicht decken könne, sei durch allgemeine Besteuerung zu ergänzen und nicht durch einheitliche Belastung von Handel und Industrie. Dabei bleibe es.

Die Mähenumsatzsteuer sei im Reichstage verlangt worden als eine wirtschaftliche Maßregel zum Schutz der kleinen Betriebe. Da es aus diesem Grunde verfehlt sei, sie in das Finanzgesetz hineinzuarbeiten, wie der Schatzsekretär in der Kumpfkommision nachdrücklich betont hat, sei sie für die verbündeten Regierungen im Rahmen der Finanzreform gleichfalls nicht annehmbar. Der Kleinfuhrzoll endlich würde in die ganze Konfektion der Grubenindustrie in unzulässiger Weise eingreifen. Da die Zechen ihn selbstverständlich auf die Konsumenten abwälzen würden, würde eine Verteuerung des inländischen Kohlenmarktes die unvermeidliche Folge sein. Die Regierung wird auch hier nicht mitgehen.

Aufs bestimmte wird uns (der „Nationalzeitung“) versichert, daß der Reichstagskanzler, dessen Stellung zu diesen drei Steuern sich mit den hier wiedergegebenen Ausführungen deckt, aus dieser Position nicht weichen werde. Darauf könne man sich unbedingt verlassen.

Nach Mitteilungen der bayerischen Zentrumspreffe haben zwischen dem Kammerpräsidenten v. Ortner und anderen Mitgliedern der Zentrumsfraktion geheime Besprechungen mit dem bayerischen Finanzminister stattgefunden, um diesen zu veranlassen, den Bundesrat für die Beschlüsse der ultramontan-konservativen Mehrheit der Reichstagsfinanzkommission geneigt zu machen. Die Besprechungen scheinen aber auf den bayerischen Finanzminister bis jetzt noch nicht den nötigen Eindruck gemacht zu haben, denn die Zentrumspreffe droht der Regierung, daß sie sich politisch isoliere, wenn sie auf ihrer Vertretung der Erbschaftsteuer und der Ablehnung der Produkte der Finanzkommission beharre.

Aber auch diese Drohungen werden wohl deswegen wirkungslos bleiben, weil — wie die „Münch. Post“ sicher zu wissen glaubt — bestimmte Abmachungen zwischen den süddeutschen Bundesregierungen bestehen, von denen Bayern nicht zurückkann, ohne worüberbrückt zu werden.

Nach der „Frankf. Zeitung“ unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die nächsten Dienstag in Berlin zusammen tretende Finanzministerkonferenz im Sinne der verbündeten Regierungen dasjenige, was die konservativ-kerikale Mehrheit als angebliche Besteuerung beschlossen hat, in allen wesentlichen Teilen als undurchführbar, als ungerecht, Handel, Verkehr und Industrie schädigend, erkennen und verwerfen wird. Im weiteren werden die Finanzminister sowohl über die Erbschaftsteuer als über die von der Regierung vorgeschlagenen Erbschaftsteuern zu beschließen haben. Ueber neue Steuervorschläge der Regierung weiß die „Frankf. Zeitung“ zu berichten, daß eine Erhöhung des Einkommensteuers und eine Verringerung des Wechselstempels für Wechsel, die länger als drei Monate laufen, in Aussicht genommen ist. Einige 20 Millionen sollen von den Banken erhoben werden; außerdem soll die Wertzuwachssteuer auf Immobilien nachkommen.

Zu guter Letzt kommt die „Neue gesellschaftliche Korrespondenz“ und erzählt der Welt, daß sie „zu wissen glaube, daß die Bundesfürsten, den Kaiser nicht ausgenommen, es als eine Art von Ehrenpflicht dem deutschen Volke gegenüber ansehen, die Erbschaftsteuer durchzusetzen, und daß das Verhalten der Mehrheit in der Finanzkommission bei ihnen eine sehr starke Verstimmung gezeitigt habe.“

hts-Karten

der Ansichten
-Karten etc. :
altige Auswahl
er. Ausführung
lung „Volkswacht“
Schulstr.
20.

uf

de Artikel

dinen,

erren-

röcke,

mden,

etten,

wang.

Der Kampf zwischen den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte in der Pfalz

Seit angefangen der bevorstehenden Reichstagswahl im Wahlkreise Neustadt-Landau perfekt zu sein. Wie schon kurz mitgeteilt, verlangt der Bund der Landwirte, daß der Kandidat — falls man den Nationalliberalen die Präsentation des Kandidaten überlassen sollte — in wirtschaftlichen Fragen das Programm des Bundes anerkennt und sich insbesondere in der Frage der Reichsfinanzreform auf dem Boden der agrarischen Anschauungen stellt. Eine entsprechende Resolution, die auf einer Vertrauensmännertagung des Bundes, die am Pfingstmontag tagte, einstimmig angenommen wurde, gibt der freisinnig-liberalen „Neuen Bürgerzeitung“ in Neustadt in ihrer Nummer vom 2. Juni Veranlassung zu folgender, nicht mißzuverstehender Abgabe an die Bündler:

„Der Pfingstbeschluss der Bündler bedeutet in unserem Wahlkreise eine reinliche Scheidung zwischen rechts und links, die längst hätte kommen müssen. Wir glauben nicht, daß der größte Teil der vorderpfälzischen Bauern diese Politik des nackten Klassenegoismus mitmachen wird. Jetzt ist endlich einmal Klarheit geschaffen und der Weg für einen zielbewußten Liberalen frei. — Ein liberaler Mann kann die Interessen der Pfälzer Bauern besser vertreten, als ein Vollblutagrarier, der bei allen seinen Schritten nur die Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes vertritt. ... Mit der abernen Phrase vom Schutze des deutschen Familienfusses kommt man nicht über die Tatsache hinweg, daß vier Fünftel der pfälzischen Landwirte von der geplanten Erbschaftsteuer gar nicht betroffen werden. ...“

So energisch, wie diese Worte sich anhören, so „echt liberal“ klingt der Artikel aus:

„Der Wahlkampf ... muß so geführt werden, daß alles persönliche streng ausgeschaltet wird und daß zwischen Liberalen und Bund noch der Weg einer Verständigung für die Stichwahl offen bleibt.“

Entschieden und kampfeslustiger drückt sich die altliberale „Zweibrücker Zeitung“ zu der Bundesresolution aus. Sie schreibt:

„Sie (die Resolution) ist ein gutes Beispiel für die Annahme der Bundesführer und für die jesuitischen Geflogenheiten, die im Mund der Landwirte immer mehr in Schwung kommen. ... Die Resolution kommt einer Kriegserklärung gleich und es wird im Wahlkreise Neustadt-Landau zum Kampfe kommen, der infolge des bündlerischen Uebermutes und des Umfanges, daß es sich für die Nationalliberalen um die Behauptung des letzten pfälzischen Mandates handelt, voraussichtlich sehr erbittert geführt werden wird.“

Es wird weiter darauf verwiesen, daß der Wahlkampf nicht ohne Einfluß auf die nächsten Wahlen sein wird, dann heißt es in bezug auf die Kandidatur Rosche in Kaiserslautern:

„Daß die Liberalen eine Kandidatur Rosche nicht zum dritten Male schlucken werden, darüber ist man sich wohl auch beim Bund klar. ... Vom parteipraktischen Standpunkt ist es sogar erwünscht, wenn es zu einer Klarstellung der beiderseitigen Machtwörter käme.“

Nach diesen Freihänderungen erscheint die Spaltung zwischen Bund und Liberalen unüberbrückbar, wenn nicht im letzten Momente die Liberalen doch noch den Notau vor dem Bunde machen.

Frankreich.

Reform der Kriegsgerichte. Paris, 3. Juni. Die Kammer beriet heute den Gesetzentwurf betr. die Reform des Kriegsgerichts. Es wurden angenommen: Artikel 4, welcher verlangt, daß Geschworene der Militärpflicht Genüge geleistet haben müssen, Artikel 5, der bestimmt, daß die Geschworenen entsprechend dem Range der Angeklagten gewählt werden müssen, Artikel 6, der die Beauftragung des Kommandanten der Geschworenen betrifft, und Artikel 7, der verlangt, daß zu einer Verurteilung eines Angeklagten der Spruch der Geschworenen mit 5 gegen 2 Stimmen erforderlich ist.

Belgien.

Ein Defizit. Brüssel, 4. Juni. Der fortschrittliche Abgeordnete Emul erhob gegen den Finanzminister die schwere Anklage, mit Absicht ein Defizit von 10½ Millionen in der Kasse für Alterspensionen zu verbergen. Der Minister bestritt zwar das Defizit und will an einen Ueberschuß von 27 Millionen glauben machen, in Wirklichkeit aber schuldet der Pensionsfonds der Post, die die Pensionen vorstufweise auszahlt, 38 Millionen.

Rußland.

Die Duma-Kommission über die Dubrowin-Interpellation. Das erdrückende Beweismaterial, das die Opposition wegen der meuchelmörderischen Tätigkeit der edrussischen Bundesgenossen des Zaren der Kommission unterbreitete, zwang diese, die Interpellation fast einstimmig anzunehmen. Die Kommission erachtete es als möglich, folgende verbrecherischen Taten, an welchen Personen teilnahmen, welche zu gleicher Zeit Mitglieder des russischen Volksverbandes und Agenten der Regierung waren, in die Interpellation aufzunehmen:

1. Die Organisation von Kampfabenteuern, welche mit Waffen und Unterstützung der Lokalbehörden mit Waffen versehen wurden.

2. Die Vorbereitung von politischen Morden durch Mitglieder des russischen Volksverbandes, die in einzelnen Fällen zu gleicher Zeit Agenten der politischen Schutzabteilung waren.

3. Die Organisation der Ermordung des Mitgliedes der ersten Reichsduma, Herzogstein, und die Teilnahme an derselben.

Bielefelder Sommertheater.

en. Freitag, 4. Juni: Comtesse Guderl, Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schöthan und Franz Koppel-Gesfeld. Wir haben das Stück schon einmal im Sommertheater gehört und zwar in vorzüglicher Fassung. Etwas Besonderes ist nicht daran. Eine ziemlich fade Liebesgeschichte, die geniesbar nur wird durch die Comtesse Guderl und dadurch, daß die Handlung nach Karlsbad in das Jahr des Besuchs Goethes gelegt wird. Die Komplikation ist, daß sie sich kriegen, der Schwerenöter Porzi von Neuhoff, der natürlich Offizier sein muß, kriegt die Comtesse Guderl und der Badekommissar Leopold von Mitterteig. Auf die Comtesse Guderl kommt es für den Erfolg des Stückes an, Guderl muß sie eben haben, und die letzten Renée Jurey. Im übrigen war die Aufführung in ihrer Gesamtheit recht gut. Walter Neumann gab den Schwerenöter und fand für die rührseligen Stellen die richtigen Herzensöne. Willy Schneider markierte recht gut den Hofmann mit den beiden Schülern, auf welchen er zu tragen hat, und Milada Walden war eine treffliche Hofrätin. Die Gili war bei Kate Mallinacourt gut aufgehoben und auch der Badekommissar bei Josef Kiehl. Endlich auch den General Suwatseff gab Benno Henning ohne jede unangenehme Uebertreibung. Die Inszenierung litt an einem Uebermaß von Wildern. Die Pausen hätten kürzer sein können, es hätte eine genügt.

4. Die Organisation der Ermordung des Mitgliedes der ersten Reichsduma Jollos.

5. Die Organisation des Mordversuches gegen den früheren Vorjüngling des Ministerrates, Graf Witte.

6. Die Verbergung einer Reihe von Personen, welche an diesen verbrecherischen Taten teilgenommen hatten.

Unabhängig von diesen tiefen tatsächlichen Inhalten mußte die Kommission mit der Notwendigkeit rechnen, „wides Licht auf eine Reihe von Erscheinungen verbrecherischen Charakters zu werfen, welche die öffentliche Meinung im höchsten Grade beunruhigten und bis jetzt ohne autoritative Einmischung und energische Bekämpfung der Staatsgewalt geblieben sind, wenn man nicht die schwachen Versuche der finnländischen Rechtsprechung in Betracht zieht.“

Man kann sich keine ärgere Brandmarke der Politik des Zaren und der Regierung denken, als diese Anklagechrift seitens der treuergebenen dritten Reichsduma.

Kommunales.

A. Von der Westfälischen Landgemeinde-Ordnung. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Angelegenheiten der Landgemeinden, der Aemter in der Provinz Westfalen, sowie der Gutsbezirke wird, unbeschadet der Vorschriften der Kreisordnung und der in den Gesetzen geordneten Mitwirkung des Kreisaußschusses und des Bezirksaußschusses, in erster Instanz von dem Landrate als Vorsitzenden des Kreisaußschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geleitet.

Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden in den vorbezeichneten Angelegenheiten sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

Der Landrat ist, wenn er es in besonderen Fällen für nötig findet, befugt, in der Gemeinde- und Amtsversammlung den Vorsitz, jedoch ohne Stimmrecht, zu übernehmen, imgleichen die Einberufung einer solchen Versammlung anzuordnen.

Zur Gemeindeversammlung dieser Art muß der Amtmann eingeladen werden.

Für alle dem Amtmann obliegenden Geschäfte, mit Ausnahme der ihm etwa übertragenen Funktionen als Amtsanwalt, ist der Landrat dessen unmittelbarer Vorgesetzter.

Durch königliche Verordnung auf den Antrag des Staatsministers kann eine Gemeindeversammlung, sofern diese nicht aus sämtlichen stimmberechtigten Gemeindegliedern, sondern aus gewählten Gemeindegliedern besteht, aufgelöst werden. Derselben Schicksal kann die Amtsversammlung verfallen.

Es ist jedoch eine Neuwahl anzuordnen, und dieselbe muß binnen sechs Monaten, vom Tage der Auflösungsverordnung an, erfolgen.

Wird eine Amtsversammlung aufgelöst, so sind nur die gewählten Amtsverordneten erneut zu wählen, die Vorsteher der Gemeinden und Gutsbezirke treten kraft ihres Amtes wieder in die neue Amtsvertretung als Mitglieder ein.

Bis zur Einführung der neu gewählten Mitglieder der Gemeinde- oder Amtsversammlung beschließt an Stelle der letzteren der Kreisaußschuß.

Ueber die Gründe, welche zu einer Auflösung der Gemeinde- oder Amtsversammlung führen können, enthält die Westfälische Landgemeindeordnung keinerlei Bestimmungen.

In betreff der Dienstvergehen der Amtmänner, Gemeindevorsteher und Stellvertreter, sowie der sonstigen Amts- und Gemeindevorsteher und Diener, kommen die darauf bezüglichen Gesetze mit der Maßgabe zur Anwendung, daß der Amtmann befugt ist, die Unterbeamten des Amtes, sowie der Gemeinden mit Ordnungsstrafen bis zu 9 Mark, und die bloß zu mechanischen Dienstleistungen angestellten Diener mit Arreststrafen bis zu drei Tagen zu belegen.

Im § 86 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 ist diese Materie noch näher geregelt, es erübrigt sich aber, in diesem Zusammenhang darauf weiter einzugehen.

Die zur Ausführung der Landgemeinde-Ordnung erforderlichen Bestimmungen werden, soweit sie nicht schon in dem Gesetz selbst enthalten sind, durch den Minister des Innern getroffen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 5. Juni.

Deutscher Metallarbeiterverband. In der Vertrauensmännertagung am letzten Mittwoch wurden die Eintrittskarten zum diesjährigen Stiftungsfeste ausgegeben. Da eine Anzahl von Vertrauensleuten nicht anwesend war, werden diese ersucht, die Karten vom Bureau abzuholen. — Ferner werden die Bezirksleiter ersucht, die Fragebogen, welche vom Generalsekretariat zur Feststellung erwerbstätiger Angehöriger der Gewerkschaftsmittelglieder herausgegeben wurden, in Empfang zu nehmen.

Zur Tarifbewegung der Freizeithelfen. Bis heute haben die nachstehend verzeichneten Geschäfte den Tarifvertrag unterschrieben:

A. Bauerndorf, Breitestr.; G. Diehlkamp, Siegfriedstr.; A. Dörries, Bürgerweg; G. Duple, Mohrstr.; A. Elbracht, Mühlent. und Weberstr.; Willy Elbracht, Am Bad; F. Fröhenicht, Detmolderstr.; G. Goldbeck, Herforderstr.; W. Jersmann, Detmolderstr.; H. Jagns, Kaiserstr.; O. Kornowski, Herforderstr.; H. Kühn, Leichstr.; A. Kühr, Wertherstr.; A. Lühr, Jöllenbaderstr.; A. Maas, Jöllenbaderstr.; A. Nordmann, Heeperstr.; A. Schröder, Arndtstr.; A. Siebert, Spindelstr.; A. Treus, Johannistr.; Trump, Kellertstr.; G. Werner, Jöllenbaderstr. und Schilbescherstr.; Wolf, Schmiedestraße.

(Diese Geschäfte gehören sämtlich der Freien Vereinigung selbständiger Friseur an.) Ferner erkennen den Tarif an: Wilhelm Landwehr, Herforderstr.; O. Langeworth, Arndtstr.; Johann Mühmann, Mohrstr.; Friedrich Schöne-mann, Almenstr.; Wilhelm Schröder, Detmolderstr.; Paul Seidel, Kaiserstr.; Schulz, Kreuzstr.; A. Weiß, Lühwitt. 4, und Ernst Weiß, Marktstr. 2.

Arbeiter, Parteigenossen! Es bedarf wohl keiner besonderen Begründung dafür, daß es jedes klassenbewußten Arbeiters Pflicht ist, nur diejenigen Geschäfte zu frequentieren, die den Wünschen der Freizeithelfen entgegenkommen sind. Tut in dieser Hinsicht jeder seine Pflicht, dann wird das bei den genannten Geschäften jetzt vertraglich festgelegte Arbeitsverhältnis nicht nur hochgehalten werden, sondern einer soliden Verhältnis werden noch zu weiteren Erwerbsleistungen führen. Arbeiter, Parteigenossen, übt Solidarität.

Der Verband der Freizeithelfen.

Allgemeine Bielefelder Ortskrankenkasse. In der gestern abend im Restaurant „Elbracht, Herforderstraße, tagenden Generalversammlung wurde zum ersten Punkt „Endgültige Genehmigung über Erwerb von Grundeigentum und Aufnahme von Darlehen“ vom Vorstande über die Schritte berichtet, welche er bis jetzt getan hat, um eine eigene Badeanstalt zu errichten. Der Vorstand sei zu der Ansicht gekommen, daß es nicht im Inter-

esse der Kasse liege, die Badeanstalt in gemieteten Räumen unterzubringen, weil die Kasse dadurch zu abhängig vom Vermieter wäre. Es habe deshalb der Vorstand sein Augenmerk darauf gerichtet, geeignete Grundstücke zwecks Erwerbs ausfindig zu machen, was ihm auch gelungen sei. Angebote habe er genügend bekommen. Am vorteilhaftesten halte er aber das Haus Marktstraße 19, welches einen 400 Quadratmeter großen Garten hinter sich habe. Der Kaufpreis betrage 33 000 Mk. und das Haus bringe einen Mietzins von 1750 Mk. Wenn nun die Hälfte des Gartens bebaut würde, könne man eine Badeanstalt für 30- bis 35 000 Mk. einschließlich Einrichtung bauen, die nicht nur für die jetzigen, sondern auch für die bei den voraus-sichtlichen Verschmelzungen in Betracht kommenden Mitglieder auf Jahrzehnte hinaus genügen würde. Das Wohnhaus lasse sich eventuell später als Verwaltungsgebäude der Kasse einrichten, womit auch in dieser Hinsicht für die Zukunft gesorgt sei.

Der Vorstand glaubte hierdurch dem Wunsche der letzten General-Versammlung in jeder Weise gerecht geworden zu sein. Auf Anfrage wurde dann noch erklärt, daß die Badeanstalt wie alle anderen hiesigen Badeanstalten den ganzen Tag über geöffnet sein werde und nicht, wie behauptet worden sei, nur während der Arbeitszeit; auch werde weibliches und männliches Personal zur Bedienung eingestellt werden. Betreffs der Anzahlungsbedingungen sei noch nichts Definitives beschloffen; der Vorstand glaube aber, aus dem Betriebsfonds und dem Reservefonds einige Tausend Mark zur Anzahlung nehmen zu können, überhaupt würden wegen der Beschaffung der Geldmittel keine Schwierigkeiten entstehen. Zwar habe die Landesversicherungsanstalt abgelehnt, Gelder herzugeben, weil sie ihre Gelder nur zum Bau von Kleinwohnungen hergebe und auch schon ziemlich bis zur Grenze ausgeliehen habe. Der Vorstand habe deshalb versucht, dort Geld zu leihen, weil es billiger sei. Einstimmig wurde hierauf dem Vorstande die Genehmigung erteilt, das Grundstück Marktstraße 19 zu kaufen und die sich notwendig machenden Darlehen anzunehmen. Dieser Beschluß bedarf auch noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, welche auch wohl erfolgen wird.

Zum zweiten Punkte berichtete Kollege Nothe über die dreitägigen Verhandlungen des Krankenkassenkongresses in Berlin in längeren Ausführungen, denen eine kurze Diskussion folgte.

Unterm dritten Punkte „Verschiedenes“ kamen noch einmal die Verhandlungen der Generalversammlung zur Sprache, welche ein Badeanstaltsbesitzer schon beim ersten Punkte vorbrachte, indem er seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß nach dem Bericht der „Volkskraft“ der Vorstand der Generalversammlung nicht wahrheitsgetreu Bericht über die Verhandlungen mit den Badeanstaltsbesitzern erstattet habe. In der Diskussion kam aber zum Ausdruck und wurde auch festgestellt, daß, wenn von Fehlern in dem Bericht gesprochen werden könne, es nur der sei, daß vergessen worden sei zu berichten, daß der Allgemeinen Ortskrankenkasse ebenso wie später der Holzarbeiter-Krankenkasse 15 Prozent Rabatt von den Badeanstaltsbesitzern angeboten worden seien. Dabei wurde aber betont, daß der Vorteil dieser 5 Prozent Mehrbewilligung durch die neu einführende Bezahlungsweise — kürzestes Ziel — ziemlich wieder verschwinden werde. Wir wollen noch nachtragen, was wir auch in dem damaligen Bericht nicht aufgenommen hatten, daß die Generalversammlung vom 20. April, auch wenn die Badeanstaltsbesitzer 20 Prozent Rabatt geboten hätten, von dem Projekt der Errichtung einer eigenen Badeanstalt nicht abgegangen wäre, denn ein diesbezüglicher Antrag fand keine Gnade vor der Versammlung. Selbst die ursprüngliche Resolution, welche lautete: „Der Vorstand wird beauftragt, veranlaßt durch das Vorhaben der Badeanstaltsbesitzer, die Errichtung einer eigenen Badeanstalt so schnell wie möglich zu verwirklichen“, wurde dahin abgeändert, daß der Zwischenfall „veranlaßt durch das Vorhaben der Badeanstaltsbesitzer“ trotz Widerspruch des Einbringers der Resolution und trotzdem die Sache in Wirklichkeit so stand, von der großen Mehrheit der Versammlung gestrichen wurde. Man wollte sich der Öffentlichkeit gegenüber zu dieser sozialen Tat nicht von den Badeanstaltsbesitzern haben drängen lassen. — Der als Gast anwesende Vorsitzende der Nöhre-Ostkrankenliste berichtete, daß auch sie versucht hätten, die Preise der Bäder etwas zu drücken, aber vergebens. Die jetzige Lage hätten sich die Badeanstaltsbesitzer selbst geschaffen. In einer feinen Badeanstalt in Köln habe er für ein Bad 2,25 Mk. bezahlt, für dasselbe Bad müsse hier die Kasse 3,25 Mk. bezahlen. Der Vorstand der Nöhre-Ostkrankenliste sympathisierte mit dem Vorgehen der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Bielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute Sonnabend findet keine Vorstellung statt. Am Sonntag geht das Willensche Volksstück „Ehrliche Arbeit“, neu einstudiert, in Szene. Gefällige Musik, eine hübsche Handlung, Abwechslung in Humor und Ernst, das sind die Merkmale dieses wirklich echten Volksstückes. — Montag kommt das hochinteressante Schauspiel „Staatsanwalt Alexander“ zum 3. Male zur Aufführung. Der Besuch dieser Vorstellung ist sehr zu empfehlen.

Die Buntpapier-Ausstellung im kaiserlichen Museum ist diesen Sonntag, 6. Juni, zum letzten Male geöffnet. Außer den Buntpapieren der königlichen Kunstgewerbe-Museums sind noch hiesige Buchbinderarbeiten der Firma: Buchbindermeister Schulze-Weibel, und der Bielefelder Firmen: Wolpers, Bronner, Klinker, Düllberg und Friedrichs, sowie der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbe-Schule ausgestellt worden. Am Sonnabend, 5. dieses Monats, von 6 bis 7 Uhr, und am Sonntag, 6. dieses Monats, von 12 bis 1 Uhr, wird in den Räumen der Ausstellung die Anfertigung der Buntpapiere verschiedener Techniken (Kleister und Zumpapier) durch 2 Herren der hiesigen Buchbinder-Zunft praktisch vorgeführt werden. Die genannten Techniken sind so interessant und lustig, und die Ergebnisse, die oft von Zufälligkeiten abhängen, so vielseitig, daß der Besuch auch Nicht-Buchleuten Freude machen wird. Vor allem ist jedem, der sich für geschmackvolle Bucheinbände interessiert, zu empfehlen, die Entfaltung der wichtigsten Materialien für eigenartige Einbände selbst zu beobachten.

Polizeibericht. Straßensperrung. Zwecks Versehen von drei Stück Straßenstraßen vor die Heeperstraße zwischen Kaiserstraße und Viktoriastraße vom 4. bis 7. Juni für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Rad diebstahl. Am 3. Juni, nachmittags 2¼ Uhr, wurde dem Maurermeister W. Sch. ein vor dem Hause Budestraße 1 aufgestelltes Fahrrad (Marke und Nummer unbekannt) gestohlen. Besondere Kennzeichen: Beschädigter Freilauf. — Am 4. Juni, abends 7 Uhr, wurde dem Arbeiter H. B. ein vor der Bahnpost aufgestelltes fast neues Fahrrad, Marke „Nero“, entwendet. Besondere Kennzeichen: Hohe Ueberleitung, Freilauf und die Pedale ohne Gummi.

Gefunden: 1 Brosche aus Goldstücken, 1 Damenportemonnaie mit geringem Inhalt.

Zugelassen: 1 braungetigter Hovhund.

Verloren: 1 graue Leinwand, 1 kleines, schwarzes Portemonnaie mit 40 Mk. Inhalt, ein grüner Damenregenschirm mit bunter Kante, ein weißes Kinderhäkchen.

Entlaufen: 1 schwarzer Löwenartia geflorener Pudol, 1 junger schwarzer Jagdhund.

An die Baugewerkschaften

Die Zahlen deutlich, daß bei Unfällen nicht die bei den Baugewerkschaften, und davon

Die Zunahme und nur vereinzelte auf. In Rheinland und Westfalen fortgesetzt und letzten zehn Jahren erscheinende Zahlen den Zuständen geben, die südlich Rheinland und das königreich Preussens aufzufassen heit in der willkür durch den beherrschenden Bau so sorgt andere Verbindung mit meinerung des Kranken- und der Krankenkasse Abführung der unschwer nachzuverursachen Zufälle der Baugewerkschaften.

Der beherrschende Deutschland trau Jahren fordern Betonbauverfahren die amtlichen Ormer noch nicht bei der vielfache ländlichen Arbeit die aber nur sehr Zustände herbeizugungen und Mit.

Bei der Fortleben und Gesu auf ihre eigne uns kein Zweifel Verhandlungs September 1908 ordnenenhaus in vertretter ohne Folge der Inbolzeichneten. Das ausdrucksvollste

Der Minister konnte unter der März d. J. im daß ein gr die Nichtachtung der werden m

Das Minister der Umstände n Gebiete des Abgehenden Einflußen für die ge Mitwirkung der lungenahme der ist bestimmend fgen. In Gfahverschleppen die Regelung der B ist deshalb der

Was wir bi als ein Erfolgs d gewerblichen Ar den Baugewerkschaften der Gesundheit folgen begleitet Erkenntnis geha die Zentralkomm den Vorsitzenden weifung zugehen denkenden Baua Arbeitsgenoss gierungen, daß ringung wahrneh sondern daß Ihr bessere Zustände Samburg

D. J. Effting. D. Friedrich. A. Tob. D. Wer. G. H. Dönting. G. H. Dönting. R. Leineweber. A. Kühr. A. Friedrich. F. Schelle. D. Fran. NB. Alle Br sind an G. He zu richten.

Der

hielt an den Pf desturntag bericht, der bittersten Kämpf

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 128.

Bielefeld, Sonnabend, 5. Juni 1909.

20. Jahrg.

An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Werte Genossen!

Die Zahlen des Reichsversicherungsamtes zeigen unzweideutig, daß bei den Baubetriebsstätten von einem Rückgang der Unfälle nicht die Rede sein kann. Im Jahre 1907 sind allein bei den Bauberufsgenossenschaften 69 315 Unfälle zu verzeichnen, und davon sind

34 391 entschädigte Unfälle mit
1256 Tödlingsverletzungen.

Die Zunahme der entschädigten Unfälle zeigt sich auch relativ, und nur vereinzelte Landesstellen weisen einen bescheidenen Rückgang auf. In den preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Rheinland und Westfalen sind die Unfallzahlen schon seit Jahren fortgesetzt und im Königreich Sachsen im Zeitraum der letzten zehn Jahren sogar um über 50 Proz. gestiegen. Geradezu erschreckende Zahlen zeigen bei allem Bemühen der Arbeiter, den Zuständen bei den Bauten einen anderen Charakter zu geben, die südlichen Bundesstaaten. An erster Stelle mit diesen Missetänden und in der Mißachtung des Menschenschutzes steht das Königreich Württemberg, wo dem Anschein nach die bauberufsgenossenschaftlichen Unternehmer Arbeiterleben und -gesundheit in der willkürlichsten Art verachten können. Wie einerseits durch den Mangel von technischer Unfallverhütung und andererseits durch die Vernachlässigung des Gesundheitsschutzes, so sorgt andererseits der vernachlässigte Gesundheitsschutz in Verbindung mit der wirtschaftlichen Not für eine Verallgemeinerung des Elends der baugewerblichen Arbeiter. Die Kranken- und Sterbestatistiken unserer Zentralverbände und der Krankenkassen reden ganze Bände. Die Kommentare zur Abführung der Lebensdauer unserer Berufscollegen sind hier unschwer nachzulesen. Diese oftentendenden Tatsachen stehen im unerschütterlichen Zusammenhang mit der intensiven Steigerung der Arbeitsleistungen im Baugewerbe.

Der behördliche Bauarbeiterbeschutz und die Bauaufsicht in Deutschland tranken an Halbheiten und Notbehelfen. Seit Jahren fordern wir speziellere Schutzmaßnahmen für das Betonbauverfahren und die verschiedenen Eisenbauteilekonstruktionen; die amtlichen Organe können zur Prüfung dieser Materie immer noch nicht die nötige Zeit finden. Der Tiefbau verlangt bei der vielfachen Beschäftigung von Gelegenheits- und ausländischen Arbeitern eine ganz besondere behördliche Fürsorge, die aber nur sehr vereinzelt wahrzunehmen ist. Um hier andere Zustände herbeizuführen, bedarf es außergewöhnlicher Anstrengungen und Mittel.

Bei der Forderung und dem Kampf um besseren Schutz für Leben und Gesundheit wird die baugewerbliche Arbeiterschaft auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Daß darüber für uns kein Zweifel bestehen kann, das zeigen die Beschlüsse des Verbandstages der Bauberufsgenossenschaften zu Essen im September 1908 und die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus im März dieses Jahres, wo die Unternehmervertreter ohne Scheu diese Mißstände bei den Bauten als eine Folge der Indolenz der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter bezeichneten. Das Unternehmertum findet dabei in Preußen die ausdrucksvollste Unterstützung der Ressortminister.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Breitenbach, konnte unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien am 17. März d. J. im Abgeordnetenhaus u. a. ausführen, daß ein großer Teil der Unfälle auf das Verschulden, auf die Nichtachtung der Schutzbestimmungen, auf die Nichtachtung der Gefahr von Seiten der Arbeiter zurückgeführt werden muß.

Das Ministerium in Preußen gibt nur dem äußersten Zwang der Umstände nach und ist der Mißachtung der Reaktion auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Diese Regierung mit ihrem weitgehenden Einfluß im Bundesrat ist als verantwortlich anzusehen für die geringen Fortschritte der Bauüberwachung durch Mitwirkung der Kontrollen aus Arbeiterkreisen. Die Stellungnahme der preussischen Regierung zu unseren Forderungen ist bestimmend für eine nicht geringe Zahl von Bundesregierungen. In Elsaß-Lothringen, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg u. verschleppen die Regierungen nach preussischem Muster die Regelung der Bauarbeiterbeschutzes. — Für die Arbeiterschaft ist deshalb der Weg klar und bestimmt vorgezeichnet.

Was wir bis zur Zeit als errungen anzusehen haben, ist als ein Erfolg der unermüdbaren Tätigkeit der Elite der baugewerblichen Arbeiterschaft zu betrachten. Die Indifferenten in den Bauberufen durch Agitation über den Wert des Lebens und der Gesundheit aufzuklären, wird deshalb auch weiter mit Erfolg begleitet sein. Auch in der nächsten Zeit wird nach dieser Erkenntnis gehandelt werden müssen. Zu diesem Zweck wird die Zentralkommission den einzelnen Vertrauenspersonen und den Vorsitzenden der Bauarbeiterkommissionen eine Einweisung zugehen lassen, die zu befolgenden Ehrensache eines jeden denkenden Bauarbeiters sein muß.

Arbeitsgenossen! Zeigt dem Unternehmertum und den Regierungen, daß Arbeitslosigkeit und Not Euren Willen zur Eringung wahrnehmbarer Schutzmaßnahmen nicht beugen können, sondern daß Ihr nach wie vor fest entschlossen seid, mit uns für bessere Zustände bei den Baubetriebsstätten zu kämpfen!

Hamburg, im Juni 1909.

Mit Gruß!

Die Zentralkommission für Bauarbeiterbeschut.

J. Efftinge, Maurer. S. Tönnies, Maurer.
O. Friedrich, Zimmerer. A. Schönsfelder, Zimmerer.
A. Tobler, Maler. S. Wenker, Maler.
D. Werner, Töpfer. S. Homann, Töpfer.
Ch. Odenthal, Stukateur. A. Thielberg, Stukateur.
G. Behrendt, Bauhilfsarb. G. Mohrt, Bauhilfsarb.
R. Leineweber, Steinbildhauer. J. Seifert, Modelleur.
C. Kühne, Steinmetz. A. Müller, Glaser.
A. Friedrichs, Dachdecker. S. Behr, Dachdecker.
J. Scheller, Bauhilfsarb. R. Fuchs, Bauhilfsarb.
D. Franz, Klempner. C. Schütt, Steinseher.

NB. Alle Briefe, Sendungen usw. für die Zentralkommission sind an G. Heinke, Hamburg 1, Beisenbinderhof 56, 2. Et., zu richten.

Der Arbeiter-Turnerbund

hielt an den Pfingsttagen in Köln seinen neunten Bundesversammlung. Der im Druck erschienene Geschäftsbericht, der sich auf zwei Jahre erstreckt, erzählt von erbitterten Kämpfen, die der Bund mit seinen bürgerlichen Geg-

nern und mit den Behörden zu führen hatte. Aber diese Widerstände haben die weitere Ausbreitung und die innere Erstärkung der Organisation nicht hemmen können; das geht am besten aus der Zunahme der Zahl der Vereinsangehörigen sowie der Leser des Bundesorgans hervor. Am Schlusse des Jahres 1906 waren dem Bund 1236 Vereine mit 97 765 Mitgliedern angeschlossen; diese Zahl stieg im nächsten Jahre auf 1489 Vereine mit 123 268 Mitgliedern und am Ende des Jahres 1908 waren es 1622 Vereine mit 135 828 Mitgliedern. Die wirtschaftliche Krise im vorigen Jahre hat also auch den Arbeiter-Turnerbund nicht verschont. Die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ hatte Ende 1908 92 118, die „Freie Turnerin“ 7670 Leser.

Der gehässige, verleumderische Kampf, den die Deutsche Turnerschaft gegen die Organisation der Arbeiterturner seit deren Bestehen geführt hat, nahm in der Berichtszeit an Schärfe ab; um so erbitterter sah man die Behörden, besonders in Preußen, gegen den Bund auftreten. Der Bericht sagt darüber: „Die Reaktion wittert mit Recht, daß in unseren Vereinen die Jugend zu freilebenden Männern und Frauen erzogen wird; wenn dies auch nicht im Sinne einer politischen Partei geschieht, so ahnt man doch instinktiv, daß einst die deutsche Arbeiterschaft die Früchte unserer Erziehung ernten wird. Daraus erklärt sich das von den preussischen Schulbehörden gegen unsere Turnvereine verhängte Verbot, der Jugend Turnunterricht zu erteilen, dem sich in den außerpreussischen Staaten ein Verbot an die Fortbildungsschüler gegen die Teilnahme an dem Turnunterricht unserer Vereine anschließt.“ In Berlin tobte der Kampf schon über ein Jahr, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Berliner Turngenossen hatten geprüfte Turnlehrer für die Schülerabteilungen angestellt, jedoch hat man auch diesen gut bürgerlichen Leuten den Unterricht unterzogen. Neuerdings geht die Schulbehörde schon so weit, die jungen Leute unter 12 Jahren als schulpflichtig zu behandeln und die Erteilung von Turnunterricht an sie zu verbieten; sie stützt sich hierbei auf eine Kabinettsordre aus dem Jahre 1834 und auf eine Ministerialinstruktion aus dem Jahre 1839! Um allen Schikanen zu entgehen, ist der Bundesvorstand dazu übergegangen, die Jugend zum Turnspiel zu sammeln.

In der Berichtszeit hat der Bund ein eigenes Geschäft zum Betriebe aller für den Turnbetrieb notwendigen Mittel eingerichtet; das hat sich nötig gemacht, weil die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen allein nicht ausreichen, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Erwarungen, die bei der Gründung des Unternehmens gehegt wurden, haben sich glänzend erfüllt, bei richtigem Ausbau wird dem Bunde daraus ein bedeutender Gewinn erblühen. Das Vermögen des Bundes betrug am 1. Januar 1909 38 126 Mark, das Vermögen des Geschäfts, das im Jahre 1908 einen Gewinn von 13 305,21 Mark brachte, 17 780,48 Mark. Bei der Zeitung wurde im vorigen Jahre ein Ueberfluß von 9275,77 Mark erzielt.

Der Bundesstag war von 116 Delegierten, 9 Vorstandsmitgliedern, 16 Kreisvertretern und 15 Kreisturnwarten besucht. Der Schweizerische Turnklub und der Arbeiterabfahrerbund „Solidarität“ hatten Vertreter entsandt. Der zweite Vorsitzende Steuer (Leipzig-Deutsch) ergänzte den Bericht noch dahin, daß die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ fast eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht habe.

Einen freiten Raum in der Berichterstattung nahm die Angelegenheit des früheren Vorsitzenden Karl Frey ein. Der Bundesstag überwiegt den ganzen Fall zur genauen Prüfung des Materials einer Kommission.

Nach dem Bericht des turntechnischen Leiters Koppich wurde beschlossen, im nächsten Jahre einen Turnlehrkurs auf Bundeskosten zu veranstalten, an dem die Kreisturnwarten und Bezirksvertreter teilnehmen sollen.

Dann wurde ein Antrag angenommen, beim preussischen Ministerium die Gewährung eines Zuschusses zur Abhaltung eines Vorturnerkurses zu beantragen mit Rücksicht darauf, daß der Deutschen Turnerschaft eine Subvention zu dem gleichen Zwecke bereits bewilligt worden sei.

Auf die Tagesordnung des nächsten Turntages soll ein Vortrag über das Mädchen- und Frauenturnen gestellt werden.

Bei dem Bericht der Redaktion und der Pressekommision wurde beschlossen, Lotterietickets künftig nicht mehr beizulegen. Die turntechnischen Beilagen sollen in der bisherigen Form weitergeführt werden.

Bei den österreichischen Delegierten stieß der Wunsch der Bundesleitung, daß die Arbeiterturner Desterreichs einen eigenen Bund bilden sollten, auf lebhaften Widerspruch. Es wurde beschlossen, die Abtrennung vom Deutschen Bunde noch hinauszuschieben.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages erstattete die Kommission über die Frey-Angelegenheit Bericht.

Sie schlug dem Bundesstag folgende Resolution vor: „Es ist festgestellt, daß einige Handlungen des Turngenossen Frey in bezug auf die Uebertragung von für das Bundesgeschäft bestimmten Aufträgen an Private nicht ganz korrekt sind. Sie sind aber nicht derart, daß sich daraus die schärfsten persönlichen Anklagen gegen Frey, wie sie im Rundschreiben enthalten sind, rechtfertigen lassen. Nachdem über mehrere Punkte gegenseitige Aufklärung gegeben, nahmen beide Teile die gegenseitigen Beleidigungen zurück. Die Angelegenheit ist hiermit als erledigt zu betrachten und erwartet der neunte Bundesstag, daß sich beide Teile auch fernerhin in turngenössischer Weise gegenüberstehen.“

Diese Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit 145 gegen 9 Stimmen angenommen. Ein Delegierter und die Bundesverwaltung enthielten sich der Abstimmung.

Darauf wurde noch folgende Resolution eingebracht: „Turngenosse Frey wird aufgefordert, auch fernerhin im Arbeiterturnerbund agitatorisch tätig zu sein.“ Für diese Resolution stimmten, wiederum namentlich, 76 Anwesende, dagegen 72; sie ist demnach angenommen. Fünf Delegierte und die Bundesverwaltung übten auch hier Stimmenthaltung.

Am dritten Verhandlungstage wurde der Bericht über das Bundesgeschäft entgegengenommen. Turngenosse Bachhaus führte dazu aus, daß das Unternehmen sich außerordentlich gut entwickelte, allein in den letzten drei Monaten sei der Umsatz wieder um 85 Prozent gestiegen. Das Geschäft soll weiter ausgebaut werden, so daß es allen Anforderungen der Bundesvereine Rechnung tragen könne.

Zum Unterstützungswesen wurde folgender Antrag Bildung angenommen: „Zur Durchführung der außerordentlichen Unterstützung wird ein einmaliger Beitrag von allen Bundesmitgliedern über 14 Jahre am 1. Januar 1910 erhoben. Der so erlangte Fonds wird durch einen einmaligen

Zuschuß aus der Bundeskasse auf die Höhe von 20 000 Mark gebracht. Ergänzt wird der Fonds durch die Eintrittsgelder der neu eintretenden Mitglieder (§ 14 Abs. a B.-St.) und von 1911 an durch einen jährlichen Zuschuß der Bundeskasse in Höhe von 2000 Mark. Der Fonds dient zur Unterstützung aller außerordentlichen Unfälle nach den Bestimmungen im § 25 des Bundesstatuts.“

Die Kosten des Bundesturntages werden in Zukunft vom Bunde bestritten. Auf je 1500 Mitglieder entfällt ein Delegierter; die Wahlkreiseinteilung nehmen die Kreisvorstände im Einverständnis mit den Bezirksleitungen vor. Der Bundesbeitrag wird von 1911 ab auf 25 Pfg. erhöht.

Weiter wurden in die Statuten Bestimmungen über die Regelung der Unterstützungen bei Unfällen mit schweren Folgen aufgenommen. Ueber die Höhe der Unterstützungen, auf die ein klagbares Recht nicht besteht, entscheidet der Bundesvorstand.

Ferner wurde beschlossen, alljährlich besondere Konferenzen für die Kreisvertreter abzuhalten. Ueber die Zerplitterung der Turnvereine in verschiedenen Städten wurde lebhaftes Gespräch geführt; ein Antrag fand Annahme, wonach bis zum nächsten Turntage zwischen den Vereinen Verschmelzungsverhandlungen stattfinden sollen; der Bundesstag wird dann darüber entscheiden. Die Verlegung des Sitzes des Bundes von Leipzig wurde abgelehnt.

Zum Vorsitzenden des Bundes wurde Harnisch gewählt, zum Kassierer Bachhaus, zum technischen Leiter Koppich, zum Redakteur Bildung, zum Sekretär Dietrich, zum Obmann des Ausschusses Klügel-Dresden.

Hierauf hielt der technische Leiter Koppich einen sehr interessanten Vortrag über das deutsche Turnsystem und seine körper- und geistbildende Bedeutung für die Arbeiterschaft.

Weiter wurde beschlossen, noch einmal eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob den Kreisen die Abhaltung von volkstümlichen Wettturnen zu überlassen sei.

Gegen die Jugendturnverbote durch die Behörden wurde eine Resolution angenommen, ebenso zur Unterstützung der Jugendbewegung.

Der nächste Bundesstag findet in Braunschweig statt. Im Jahre 1912 veranstalten die süddeutschen Kreise in Nürnberg ein deutsches Arbeiterturnfest.

Parteinachrichten.

Warnung. Die Redaktion des „Hamburger Echo“ teilt folgendes mit: Aus verschiedenen Orten der Provinz Brandenburg geht uns die Mitteilung zu, daß sich dort ein junger Mensch unter dem Namen Gierhahn, der sich als Redakteur oder Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ ausgibt, Geld, sowie Essen und Getränke erschwandelt hat. Dem „Hamburger Echo“ ging in diesen Tagen auch ein mit dem Namen „Gierhahn“ gezeichnetes Telegramm des Inhalts zu: „Ausführlicher Bericht folgt.“ Die Depeche ist offenbar zu Schwindelzwecken an das „Hamburger Echo“ abgehandelt. Das „Hamburger Echo“ hat nie einen Redakteur resp. festen oder gelegentlichen Mitarbeiter namens „Gierhahn“ gehabt. Der Redaktion des „Hamburger Echo“ ist die fragliche Persönlichkeit vollständig unbekannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Für den Aachener-Ladenhändler und für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hatte der Zentralverband der Handlungs-Gehilfen und -Geheiligen eine Umfrage an die Gewerkschaftskartelle ergangen lassen. Darauf haben 535 Gewerkschaftskartelle aus allen Gegenden Deutschlands im Namen von über 1 1/2 Mill. Arbeitern erklärt, daß nach Lage der örtlichen Verhältnisse gegen die Durchführbarkeit des reichsgesetzlichen Aachener-Ladenhändler für alle Branchen des Handelszweiges vom Standpunkte des konsumierenden Publikums aus keine Bedenken vorlägen. Daß ferner auch die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene fünfstündige Verkaufszeit nicht notwendig sei, das Publikum auch kein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Bestimmung habe, vielmehr eine zweistündige Verkaufszeit für den Kleinhandel von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis in den frühen Vormittagsstunden genüge, um die Ansprüche der Konsumenten zu befriedigen, im übrigen aber könne jede Arbeits- und Verkaufszeit an Sonn- und Festtagen im Handelsgewerbe verboten werden. Im Interesse der Angestellten und Arbeiter in Handelsgeschäften werde daher gewünscht, beiden Forderungen recht bald gesetzliche Geltung zu verschaffen. — Diese Erklärungen hat jetzt der Zentralverband des Handlungsgehilfenverbandes dem Reichsamt des Innern übermittelt.

Die Scharfmacher gegen die Tarifverträge. In den Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zieht jemand gegen die Tarifverträge scharf vom Leder. Ein großer Teil unserer politischen Parteien und unserer theoretischen Sozialpolitiker sei gerade in der gegenwärtigen Zeit von der Idee des kollektiven Arbeitsvertrages hypnotisiert und propagiere die Einführung des Tarifvertrages als in fast allen Gewerbebezügen. Alle diese Kreise bedächten aber nicht, daß der Tarifvertrag am letzten Ende einerseits auf eine außerordentliche Beschränkung der Rechte des Arbeitgebers, andererseits aber auf eine Kartellierung des betreffenden Gewerbebezuges auf Kosten der Konsumenten hinauslaufe. Der Buchdrucker Tarif muß hierfür als abschreckendes Beispiel herhalten. Durch ihn sei bewiesen, in welch schnellem Tempo die Lohnfrage gefördert und die Boykottierung der noch außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer allgemeinen Schematisierung und damit scheinbaren Gleichstellung der Konkurrenzverhältnisse gezwungen würde. Wer die gewerkschaftlichen Machtgelüste der Gewerkschaftsführer kenne, der wisse, daß sie danach streben, in den inneren Geschäftsbeziehungen bei einem neuen Tarifabschluß werde als von etwas ganz Selbstverständlichem geredet. Das geschieht aber alles zum Schaden der Konsumenten. Und nun gar die im Reichstage gestellten Anträge, Staatsaufträge nur an tariffreie Firmen zu vergeben, benachteilige die Steuerzahler. Und so geht die Zeremonie fort. — Konsumenten und Steuerzahler werden hier also scharf gemacht, gegen eine Einrichtung Sturm zu laufen, ohne die im gewerblichen Leben in Deutschland auszuformen, kein einseitiger, sozialpolitisch gebilligter Mensch mehr befürworten kann. Mit dem Vorwande, im Interesse des Vaterlandes und aus Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, mit Rücksicht auf die Konsumenten und Steuerzahler also wirken zu müssen, versuchen die Herren Scharfmacher hier

Ihre wahren Absichten zu verhüllen: Ihren starren Herrn-im-Haule-Standpunkt zu wahren, und sich unbeschränkt den Säckel zu füllen. Die Finte glaubt nur kein Mensch mehr, und unter der dürrigen Hülle des Prozentpatriotismus schimmert allzu deutlich der nackte Egoismus des profitstüchtigen Kapitalisten hindurch.

Zur Aussperrung der Schreiner im Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Herr Rath, Beigeordneter der Stadt Essen, hat sich als Friedensvermittler der kämpfenden Parteien erboten. Am 24. Mai hat er an die Zentralvorstände der in Betracht kommenden drei Arbeiterorganisationen nachfolgendes Schreiben verfasst:

Um der Bewegung im Schreinerhandwerk im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im allseitigen Interesse ein tunlichst schleuniges Ende zu bereiten, gestalte ich mir, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Einigungsamtes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen den beteiligten Organisationen folgenden Einigungsvorschlag zu machen: 1. Die Arbeit wird unter Rückziehung aller Kündigungen unter den vor Beginn der Bewegung vorhandenen Bedingungen allerorts wieder aufgenommen; 2. die infolge Beschlusses des Arbeitgeberbundes vom 6. März d. J. eingetragenen Lohnkürzungen werden nachträglich den in die Arbeitsstelle zurückkehrenden Arbeitnehmern ausbezahlt; 3. alle beteiligten Organisationen erklären sich mit der alsbaldigen Aufnahme von Tarifvertragsverhandlungen vor dem Unterzeichneten einverstanden. — Ich bitte um tunlichst schleunige, wenn möglich drahtliche vorbestätigte Zustimmung, damit die Wiederaufnahme der Arbeit keine unnötige Verzögerung erleidet.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes
gez. Rath, Beigeordneter der Stadt Essen.
Herrn Rath wurde darauf am 26. Mai geantwortet:
Herrn Rath, Vorsitzender des Einigungsamtes,
Essen a. d. Ruhr.

Auf Ihr Geheiß vom 24. d. M. teile ich ergebenst mit, daß wegen Wiederaufnahme der Arbeit erst eine Verständigung mit den ausständigen Arbeitern stattfinden muß. Unsere Stellungnahme zur Frage neuer Verhandlungen ist durch unsere grundsätzliche Stellungnahme zu dieser Frage gegeben, nach welcher wir angetragene Verhandlungen niemals ablehnen.

Hochachtungsvoll
W. Schneegans, Berlin.

Auch von den Zentralvorständen der übrigen Arbeiterorganisationen wurde Herrn Rath durch Schreiben ähnlichen Inhalts geantwortet. Daraufhin hat Herr Rath am 29. Mai ein gleichlautendes Telegramm an die Zentralvorstände gerichtet, folgender Inhalts:

Bitte um umgehende Drahtantwort, wann spätestens Ergebnis über Verständigung mit Ausständigen hierher gelangt.
Einigungsamt.

Die telegraphische Antwort hierauf lautet unterm 1. Juni: Herrn Rath, Beigeordneter der Stadt Essen.
Telegramm kam erst heute in unseren Besitz. Ausgespart werden heute und morgen zu Ihren Vorschlägen Stellung nehmen, dann sofort weitere Nachricht.

Beder, Berlin.

Lezteres ist inzwischen von den Ausgesparten in Dortmund, Gelsenkirchen und Herne geschehen. Die Beschlüsse kommen in folgendem Telegramm zum Ausdruck, welches Herrn Rath am 3. Juni zugesandt wurde:

Beigeordneter Rath, Essen/Ruhr.
Die Ausgesparten erklärten sich in allen Versammlungen zu Verhandlungen bereit, lehnten es jedoch ab, vor Beendigung der Verhandlungen die Arbeit aufzunehmen.

Hartung, Schid.

Was nun weiter wird, bleibt abzuwarten.
Die Statuten in Nachen sind am Mittwoch in den Zustand getreten, um eine Tarifverschlechterung abzuwehren. Die Unternehmer lehnen jede Verständigung scharf ab.

Tarifbruch im Leipziger Steinsegergewerbe. Einen neuen Beweis dafür, daß die Unternehmer Tarife brechen oder umgehen, wo sie nur können, haben drei Leipziger Steinsegermeister geliefert. Nach bestehenden Vertragsbestimmungen dürfen Arbeiter für den Rat der Stadt Leipzig nicht im Afford ausgeführt werden. Bei der Verlegung von Kabeln für das städtische Elektrizitätswerk verstanden es aber drei Meister, den Arbeitern plausibel zu machen, daß diese Arbeit keine städtische sei, sondern für eine Berliner Firma ausgeführt würde; somit stände der Affordarbeit nichts im Wege.

Die Steinseger ließen sich von dem Gerede fangen, leisteten Affordarbeit und obendrein Ueberstunden. Der Verband der Steinseger brachte die Sache jedoch vor den Schlichtungsausschuß, vor dem die Unternehmer anfangs zu leugnen suchten, dann aber ihr tarifwidriges Vorgehen zugeben mußten.

Transportarbeiterverband. Am Montag, 7. Juni, beginnt in München die 6. Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Die zu erledigende Tagesordnung ist eine reichhaltige und umfaßt außer der Berichterstattung über die gestellten Anträge noch folgende Hauptpunkte: Die Vorschläge des Verbands für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe; Der Gesetzentwurf der Regierung betr. Arbeitskammern; Die Reichsgewerbeordnung; Die Stellung zu den gegnerischen Gewerkschaften; Die Zentralisation der Arbeitgeberorganisation des Verbands und ihr Einfluß auf die Taktik des Transportarbeiterverbandes. — Wir werden laufend über die Tagung berichten.

Fortdauer der Krise. Der aus öffentlichen Mitteln subventionierte, paritätische Stellennachweis für kaufmännische Angestellte in Köln stellt in einer Publikation fest, daß in den Industriegegenden Rheinland-Westfalens eine gegen das Vorjahr noch erheblich verstärkte Zunahme der Arbeitsuchenden zu finden sei. Auf je 100 offene Stellen kamen im April bei den kommunalen Arbeitsnachweisen in Hagen 415 gegen nur 69 im April des Vorjahres, in Dortmund 214 gegen 129, in Köln 318 gegen 263. Nur in Düsseldorf war das Angebot ein weit geringeres, dort kamen auf 100 offene Stellen nur 75 Arbeitsuchende. In den benachbarten Großstädten Rheinland-Westfalens aber sei noch ein erschreckendes Ueberangebot von Arbeitslosen vorhanden gewesen.

Der Verband Deutscher Hotelbienen vollzieht seine Vermählung mit dem Gastwirtschaftsverband Ende dieses Monats. Die letzte Nummer des Verbandsorgans „Der Hotelbienen“ erscheint am 15. Juni.

Streit der Kanalmaurer in Stralsburg i. Elb. Die Kanalmaurer sind am 1. Juni in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer es ablehnten, den allgemein üblichen Lohn von 65 Pfg. pro Stunde vertraglich festzulegen. Nun haben die Arbeiter den Spieß umgedreht; sie fordern jetzt 70 Pfg. pro Stunde und einen Vertrag bis 1911. Die Situation für die Ausständigen ist günstig.

Zum Textilarbeiterausstand im Elb. Eine schwere Herausforderung an die Arbeiter hat das in Mülhausen i. E. bestehende Syndikat der Kammgarnspinner (Unternehmerverband)

sich geleistet. Es tritt in einer in der Lokalpresse veröffentlichten Erklärung den Feststellungen entgegen, daß bei Engel u. Co., wo der gemeldete Streit der Spinner und Anseher ausgebrochen ist, der Lohn gesunken sei, behauptet im Widerspruch mit den Lohnzetteln der Arbeiter, der Fabrikant habe sein Versprechen der Tarifserhöhung gehalten und kündigt dann namens der in Mülhausen bestehenden Kammgarnspinnervereine an:

Die Kammgarnspinner halten es demgemäß für ihre Pflicht, mit allen Kräften die betroffene Firma zu unterstützen, und sie haben beschlossen, für die Firma Engel u. Co. zu arbeiten, sowohl durch Verspinnen ihres Vorgarnes, wie durch Lieferung von Waren an deren Kundschaft, und zwar im Verhältnis der auf die Einzelnen entfallenden Spindelzahlen.

Fabrikant Engel, dessen Firma vom Streit betroffen ist, ist Vorsitzender des Mülhäuser Syndikats der Kammgarnspinner. Man will es hiernach offenbar auf eine Krafprobe ankommen lassen. Die Fortdauer des Streits bei Engel u. Co. wurde sofort — nach dem Bekanntwerden dieser Fabrikantenklärung — in einer Verammlung der Ausständigen beschlossen. Sollte die Arbeiterkraft der Mülhäuser Kammgarnindustrie auf die Herausforderung der Unternehmer hin ebenfalls beschließen, seine Streitarbeit zu leisten, so wäre die Arbeitseinstellung von mindestens 5000 Personen erforderlich, um dem Beschluß den nötigen Nachdruck zu geben.

Achtung, Maschinenzwider! In der Erfurter mechanischen Schuhfabrik Aktiengesellschaft zu Ivershofen wurde den Maschinenzwidern zugemutet, wegen Verweigerung der Sonntagsarbeit 5 Mk. Strafe zu zahlen. Da sie sich dessen weigerten, wurde ihnen gekündigt. Da die Firma durch Ingerate Maschinenzwider sucht, so wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Riesenkampf der englischen Bergleute in Sicht. Durch die Presse läuft gegenwärtig eine Notiz, wonach sich in Schottland ein Riesenstreik der Bergarbeiter vorbereitet. Wir haben sofort Erkundigungen eingelegt und können mitteilen:

Die Löhne der schottischen Bergarbeiter sind seit 1908 bis heute um etwa einen Schilling pro Tag gekürzt worden. Vor sechs Wochen haben die Bergwerksbesitzer erklärt, die Löhne abermals um 3 Pence täglich zu kürzen. Die Organisation der Bergarbeiter Großbritanniens hatte aber schon im Oktober 1908 auf ihrem Kongresse beschlossen, unter keinen Umständen zu dulden, daß die Löhne in Schottland unter 6 Schilling pro Tag herabgehen. Eine Konferenz der Unternehmer und der Arbeitervertreter hat über die Lohnreduzierung verhandelt; die Arbeitgebervertreter weigerten sich, sie anzuerkennen und die Sitzung verlief resultatlos. Das gleiche Schicksal hatte eine Konferenz, die 14 Tage später stattgefunden hatte. Am Montag haben nun die Bergwerksbesitzer in separater Sitzung beschlossen, die Tarifvereinbarung mit der Bergarbeiterorganisation zu kündigen. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt, die den Termin zu bestimmen hat, an welchem die Lohnreduktion eintreten soll. Wenn die Arbeiter die Reduktion nicht anerkennen, dann soll ihnen gekündigt werden.

Das Zentralkomitee der großbritannischen Bergarbeiterorganisation, bestehend aus Edward, Abraham und Aston, wird nun nochmals versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Zu dem Zwecke soll am 17. Juni eine Konferenz der Bergarbeiter von ganz Großbritannien stattfinden, die sich mit den Differenzen in Südwales und in Schottland beschäftigen und die zu unternehmenden Schritte beschließen soll. In Südwales ist nämlich am 1. Juni sämtliche Bergarbeiter zum 1. Juli gekündigt worden. An diesem Tage tritt das Gesetz betreffend den Arbeitsstundenakt in Kraft und die Bergwerksbesitzer wollen nun anstatt der bisherigen zwei, täglich drei Arbeitsschichten zu je acht Stunden einführen. Darin erblicken die Arbeiter eine Maßnahme, die zur Erhöhung der Produktion und damit auch zu einer Herabsetzung ihrer Löhne führen muß; sie weigern sich, das Dreischichtensystem anzuerkennen.

Die Arbeitervertreter hoffen, daß auf der Konferenz am 17. Juni eine Einigung erzielt wird. Sollte das nicht der Fall sein und sollte auch nur in einem Distrikt keine Einigung erzielt werden und es käme zu einem Streik, dann verlangen die Arbeiter der betreffenden Distrikte, daß sämtliche Reviere in den Streik eintreten sollen. Es käme dann also zu einem Generallstreik, an dem ca. 700 000 Bergarbeiter beteiligt wären.

Die Bergarbeitervertreter wünschen, daß eine Einigung zustande kommt, sie lassen aber auch keinen Zweifel darüber, daß sie eventuell durch den Kampf eine Lohnreduktion oder eine Verschiebung der Schichtzeit ablehnen werden.

Genossenschaftsbewegung.

ac. Der englische Genossenschaftsbund hielt während der Pfingstfeiertage in New Castle an Tyne seinen 41. Jahreskongress ab. Anwesend sind circa 1700 Delegierte. Aus dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1908 ergibt sich, daß trotz der wirtschaftlichen Krisis der Umsatz um circa 40 Millionen Mark, nämlich von 2114 Millionen auf 2152 Millionen Mark zugenommen ist. Die Zahlen der Mitglieder haben um nahezu 100 000 zugenommen.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki Prekorrption. Bei der Beratung des neuen Börsengesetzes, das gerade vor einem Jahre in Kraft getreten ist, haben die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei dieser Reform, mit der der Börsenfreisinn für seine Hochwürdigkeit abgesunden wurde, auch die Bestimmungen über den Mißbrauch der Presse zu Zwecken der Spekulation zu revidieren. Eine solche Neuregelung wäre um so notwendiger gewesen, da nur wenige bürgerliche Blätter sich dazu entschließen können oder dürfen, selbst die auffälligsten Korruptionen von Handelszeitungen anzugreifen. Eine korruptierte Presse, die sich willig in den Dienst der Spekulation stellt, die Tatsachen verschweigt oder verdreht, oder falsche Mitteilungen verbreitet, wird nicht nur in den an der Spekulation irgendwie beteiligten Kreisen bedenkliches Unheil anrichten, sie ist vielmehr eine allgemeine wirtschaftliche Gefahr, da die von ihnen unterstützten Ausschreitungen der Spekulation das gesamte Wirtschaftsleben folgenreich beeinflussen. Die „Königlichen Kaufleute“ haben die Verhinderung der Spekulation mit den ihnen gefälligen Blättern nie ernstlich zu unterbinden versucht, nicht wenige von ihnen sehen eine ausschweifende Prekorrption als einen durchaus zweckmäßigen, weil ihnen genehmen Zustand an. Stärker als gegen eine feile Presse ist ihre Abneigung gegen eine unabhängige streng objektive Berichterstattung über die Börsenvorgänge. Hat doch der Vorstand der Berliner Börse gegen eine solche Berichterstattung vor kurzem den Weg eines Verfahrens vor dem Börsenverwaltungsgericht versucht, um einen Finanzjournalisten, der sich keiner Börsenklippe dienstbar erweist, womöglich von dem Besuch der Börse auszuschließen. Der Finanzjournalist Buchwald, gegen den dieser Anschlag gerichtet war, hat sich nicht nur gegen die Spekulationsgrößen zu wehren gewußt, er unternimmt es, ihre

Presse-Handlanger zu brandmarken. Seit einigen Wochen richtet er in der „Welt am Montag“ die schwersten Angriffe gegen den „Börsen-Courier“, ohne daß die beschuldigten Redakteure sich auch nur mit einem Wort dagegen zu wehren unternehmen, geschweige denn die mit genauen Angaben belegten Anlagen widerlegen. Der Chefredakteur dieses Blattes, er trägt den Namen Salomon, spielte bereits in dem Pommernbank-Prozess eine gewisse Rolle. Ueber seine Beziehungen zu Bankgeschäften wird festgestellt, daß bereits im Jahre 1907 im „Berliner Tageblatt“, allerdings ohne Nennung seines Namens, Mitteilungen gemacht wurden, die für ein Blatt, das auch nur äußerlich halbwegs auf einigen Anstand sieht, genügen müßten, den Herrn Chefredakteur verschwinden zu lassen. Es handelte sich damals um einen Prozeß zwischen der Bankfirma Samuel Zielenziger und einem ihrer früheren Börsenvertreter. Dieser verlangte auf Grund seines Anstellungsvertrages die Zahlung höherer Forderungen mit der Begründung, daß die Firma den Reingewinn am Jahresabschluß durch ungerechtfertigte Abschreibungen auf Debitorenkonto verringert habe. Unter den Forderungen, die die Firma für uneinbringlich erklärte, war nun eine solche des Chefredakteurs des „Börsen-Courier“. Salomon hat diese Beziehungen nach dem Prozeß, wie Herr Buchwald behauptet, nicht gelöst, sondern bis in die jüngste Zeit hinein ein Konto bei der Firma Zielenziger unterhalten und hierauf Geld geschuldet. Buchwald gibt weiter an, daß dieser Rebaiteur an einer Emission beteiligt wurde, ohne die Stücke abgenommen oder etwas eingezahlt zu haben; er erludt ferner Salomon um Auskunft, ob er nicht schon stimulierende Artikel über ein Unternehmen in sein Blatt aufgenommen und wenige Tage nachher von der dieser Gesellschaft nachstehenden Bankfirma über einen ansehnlichen Betrag als „Gewinnbeteiligung“ quittiert hat. Salomon ist noch immer Chefredakteur, er schweigt noch immer, und mit ihm schweigen über diese stinkende Korruption die großen bürgerlichen Blätter.

Dividenden in der Textilindustrie. Die Aktiengesellschaft Dollfus Mieg u. Co. in Mülhausen i. E. verteilt — wie im Vorjahre — 11 Prozent Dividenden aus einem Reingewinn von 1 387 534 Mark. Die 3- bis 4000 Menschen beschäftigende Firma betreibt Baumwollspinnerei, Weberei und Zwirnerei.

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nummer 10 hat folgenden Inhalt: Das Arbeitsbuch. Ein verheißenes Zwangsmittel gegen minderjährige Arbeiter. — Reichsfinanzreform. Ein politisches Zwiegespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Schiffsjungen gesucht! Von August Freudenthal. (Schluß.) — Die Berliner Jugend in der Natur. (Mit Abbildung.) — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke. (Fortsetzung.) — Die Jugendbildung auf sozialdemokratischen Parteitagungen. II. Von Wilhelm Schröder. — Eine gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation. Von P. Barthel. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Der blinde Passagier. Von Max Enth. (Schluß.) — Sprachmißverständnisse. — Ein Held des Alltags. Von Ernst Almsloh. — Aus dem Nachlaß von Wilhelm Busch.

Vermischtes.

Schnellbahnen. Die „Frankf. Zeitung“ schreibt: Wie die Utopie eines Zukunftsdarwiners liest sich an vielen Stellen eine soeben erschienene Veröffentlichung von August Schertl „Ein neues Schnellbahnsystem, Vorschläge zur Verbesserung des Personenverkehrs“. Aber diese Vorschläge sind so detailliert und technisch so genau durchgearbeitet, daß sich die Sachverständigen einer näheren Prüfung nicht werden entziehen können. Schertl will den Personenverkehr vom Güterverkehr gänzlich trennen und für ihn ein großartig angelegtes und einheitliches System von Schnellbahnen für den großen Fernverkehr (mit einer Stundengeschwindigkeit von 200 Kilometer) schaffen, dem sich ein ausgedehntes Netz von Zubringern anschließt. Diese Zubringer sollen teils Nebenbahnen von 120 bis 150 Kilometer Stundengeschwindigkeit, teils Zweigbahnen von 30 bis 60 Stundenkilometern sein, während als letzte Zubringer Automobilomnibusse gedacht sind, die jeden kleinsten Flecken und jedes Dorf berühren. Auf diesem zusammenhängenden System von Bahnen soll nun ein ganz kontinuierlicher Betrieb eingeführt werden. In bestimmten, möglichst knapp bemessenen Zwischenräumen fahren die Züge, wie etwa die Wagen einer Straßenbahn. Besondere Aufmerksamkeit widmet Schertl den technischen Fragen, die durch seine Anregungen aufgeworfen werden. Er macht genaue Vorschläge für Sicherheitsmaßnahmen, für die Einrichtung der Linien und der Bahnhöfe und für die Zugkonstruktion. Seiner Idee nach werden die Bahnen der Zukunft Hochbahnen sein, elektrisch betrieben werden und nur auf einer einzigen Schiene laufen. Für das Problem der einschienigen Bahn, die allein eine Schnelligkeit von 200 Kilometer ermögliicht, behauptet Schertl eine Lösung zur Verfügung zu haben. Dies die größten Umriffe des Schertlschen Systems. Ausgangspunkt der Vorschläge Schertls ist die Erwägung, daß das jetzige Eisenbahnsystem unökonomisch sei und bald am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt sein werde. Hierüber macht die Schrift recht einleuchtende Bemerkungen, und wenn das neue „System“ auch im ganzen zu fühl- und phantastisch anmutet, so wird es zum mindesten den Wert beanspruchen können, auf die drängenden Probleme des Personenverkehrs nachdrücklich hingewiesen zu haben.

Hoteldiebstinnen verhaftet. Montreux, 4. Juni. Hier wurden zwei junge aus Thüringen stammende Hoteldiebstinnen verhaftet, die in Zürich einer Engländerin Schmuckgegenstände in bedeutendem Werte gestohlen haben.

Erdbeben. Lissabon, 4. Juni. Die Erdstöße in der Umgebung von Ribatejo dauern noch immer fort, begleitet von unterirdischem Getöse. Mehrere Mauern und ein Wohnhaus sind eingestürzt.

Ungetreue Offiziere. Petersburg, 4. Juni. Der Kommandeur des 12. Drenburgischen Kosakenregiments sowie verschiedene Offiziere des Regiments sind beschuldigt, 500 000 Mk. veruntreut zu haben. Das Kriegsgericht hängte ihnen die Anklageakten ein.

Briefkasten der Redaktion.

M. A., Vieselsb. Der Mieter kann die Schlüssel so lange im Besitz behalten, er muß die Wohnung aber während der Zeit ordnungsmäßig lüften usw. Wenn die Mietsrate beim Auszug nicht gezahlt wird, kann der Vermieter die pfändbaren Sachen des Mieters zurückbehalten.

M. P. N. 1. Das Geld kann nicht angegriffen werden. 2. Wenn dem Vormund das nachgewiesen ist, wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. Dieses wird für Abhilfe sorgen.

H. N., Brackwebe. Es besteht in Münster eine Univerfität,

Sta
Ant
Geburten
Gärtner Robert
Schneidm.
Hochschule
Nährerin Alwin
und Dienstmagd
Falkendiel und
Sterbefall
Elverhiffen, 76

Stadt
Günther, Feldb
Friedrich Augu
Adolf Friedrich
Johann Heinrich

Ant
Geburten
Arbeiter Herm
Enger. — Tod
Geschichte
und Marie S
Kenshöner, Eng
Sterbefall
4 Jahre alt.
65 Jahre alt.
alt. Hermann

für die am M
E

Ant
Mittelteil
15. v. M
Professor P
und Marie S
welcher an
3. Wahl von
schule.
4. Wahl von
feier auf



Wieder
Dr. M
Güterlo
Spee
8 bis 9, 12 bi

klein
Nebst Wort kost
der selten liebe
Anzeigen unter

Stoc
weiß und schwa
gebraucht, in en
sollen räumunge
annehmbaren Pre
Zeitabteilung ge
Hinterfrage 57.

M
zurückgesetzt un
an. Brunnens

Ja
Reparaturen, wi
nideln, Einseher
famliche andere
Sie am besten un
& Bertram, 384

M
gebrauchte, Klei
Matragen, Bett
betten) zu verlau
1. Etage, neben S

Kind
werden nicht
Straße 2 a. 1. Et
matograph

W
zum Warten
aus aufs Bro
a Pfund 80 Pfg
Zeller oder Tasse
Bürgerweg.

Seit einigen Wochen
die schwersten Angriffe
die beschuldigten Redak-
teure zu wehren unter-
worfen Angaben belegen
zur dieses Blattes, er
sitz in dem Pommer-
seine Beziehungen zu
aus im Jahre 1907 im
ennung seines Namens,
in Blatt, das auch nur
nicht, genügen müßten,
u lassen. Es handelte
er Bankfirma Samuel
Börsevertreter. Dieser
vertrages die Zahlung
u, daß die Firma den
veredeltigte Abschei-
abe. Unter den For-
lich erklärte, war nun
en-Courier". Salomon
wie Herr Buchwald be-
umungste Zeit hinein ein
alten und hierauf Geld
auf dieser Medaillon an
die Stille abgenommen
t ferner Salomon um
Artikel über ein Unter-
wenige Tage nachher
Bankfirma über einen
"ung" quitiert hat.
r schweigt noch immer,
stende Korruption die

Die Aktiengesellschaft
E. verteilt — wie im
einem Reingewinn von
Renken beschäftigende
rei und Zwirnerei.

schienene Nummer 10
uch. Ein verfehltes
iter. — Reichsfinanz-
wischen einem Jungen
! Von August Freu-
id in der Natur. Mit
l. Von Felix Linke.
auf sozialdemokratischen
der. — Eine gewerf-
B. Berthel. — Vom
linde Passagier. Von
ändnisse. — Ein Held
aus dem Nachlaß von

Standesamts-Nachrichten

Ant Herford. Nachrichten vom 24. bis 29. Mai.
Geburten: Mädchen: Landwirt August Meyer-Stedebund,
Gärtner Robert Formel-Bernbeck, Handarbeiter Hermann Wächter-
Schwedein, Schlosser Hermann Lange-Schwedein.
Eheschließungen: Tischler August Niemeyer-Diebold und
Näherin Alwine Dids-Gidum, Bahnarbeiter Friedrich Schmittler
und Dienstmagd Johanne Wolf-Bernbeck, Landwirt Gustav Niemann-
Falkendiel und Anna Nührup-Falkendiel.
Sterbefälle: Witwe Anne Elisabeth Niepe geb. Dingerdissen-
Elverdisen, 76 Jahre.

Stadt Bünde. Geburten: Sohn: Lehrer Hermann August
Günther, Feldmark 135. — Töchter: Zigarren-Arbeiter Hermann
Friedrich August Eddmann, Brunnstraße 13. Klempnermeister
Adolf Friedrich Eduard Ellert, Hühnenstraße 3. Zimmermann
Johann Heinrich Grothaus, Feldmark 193.

Ant Enger. Nachrichten vom 21. bis 27. Mai.
Geburten: Söhne: Eisenarbeiter Karl Kramer, Enger. Zigarren-
Arbeiter Hermann Kleinbrand, Dreyen. Tischler Rudolf Radmann,
Enger. — Töchter: Schlosser Gustav Brünner, Dreyen.
Eheschließungen: Landwirt Hermann Niepe, Hühner-
und Marie Stelmann, Dreyen. Amtssekretär Wilhelm Kün-
tenshoner, Enger, und Johanne Niepe, Dreyen.
Sterbefälle: Magdalene Anna Mathilde Smagalski, Dreyen,
4 Jahre alt. Witwe Anne Marie Elisabeth Koniet geb. Holz, Enger,
65 Jahre alt. Neubauer Friedrich Wilhelm Hüger, Enger, 56 Jahre
alt. Hermann Siefs, Dreyen, 8 Monate alt.

Tages-Ordnung

für die am Mittwoch, 9. Juni, nachm. pünktl. 5 Uhr, stattfindende
Stadtverordneten-Sitzung.

Anträge und Mitteilungen des Magistrats:

1. Mitteilung, daß der Magistratssekretär Dr. Geipel am
15. v. Mts. ausgeschieden und an dessen Stelle der Gerichts-
assessor Heitkamp angestellt werden soll.
2. Wahl von 3 Vertretern zum 30. Westfälischen Städtetage,
welcher am 11. und 12. d. Mts. in Minden stattfindet.
3. Wahl von 3 Mitgliedern des Kuratoriums der Handwerker-
schule.
4. Wahl von 6 Vertretern zu der Abordnung für die Jubel-
feier auf der Hohenburg.

5. Bewilligung eines Betrages bis zu 2000 Mark für die
Jubelfeier der Grafschaft Ravensberg in Jöllenbeck und von
1500 Mark für die Feier in Bielefeld, mit welcher die Ein-
weihung des Leineweberbrunnens verbunden ist, sowie Wahl
von 4 Mitgliedern in den Festausschuß.
6. Wahl von 4 Sachverständigen zur Abklärung der zu ver-
richtenden oder zu beinsigierenden Gegenstände, gemäß
§ 21 des Gesetzes betr. die Betämpfung übertragbarer
Krankheiten.
7. Zustimmung zu der Annahme einer Schenkung der Frau
Nachtmann im Betrage von 10 000 Mark zum Besten Biele-
felder Musiker.
8. Desgleichen des Stadtrats Paul Delius im Betrage von
10 000 Mark für die Errichtung eines Hallenbades.
9. Zustimmung dazu, daß die Ersparnisse der Friedhofsbere-
chnung für 1908 bis zum Betrage von 2200 Mark für das
Jahr 1909 zur Verfügung gestellt werden.
10. Bericht der Kommission über die Erhöhung der Schulgeld-
sätze an den höheren Schulen und Beschlußfassung über den
Magistratsantrag.
11. Genehmigung eines mit dem Fabrikanten R. Köster abge-
schlossenen Vertrages über den Ankauf dessen Viehgrund-
stücks am neuen Güterbahnhof und Bewilligung des Kauf-
preises nebst Kosten aus Mitteln des Armen- und Stiftungs-
vermögens.
12. Zustimmung zu der anderweitigen Festlegung der Schlacht-
gebühren und der Gebühren für die Benutzung der Kühl-
halle, der Vorkühlschale und des Pöfels, nach dem Vor-
schlage der Fleischern.
13. Genehmigung eines Vertrages mit der Eisenbahnverwaltung
über Grundabtretung bei der Bürgerwegunterführung und
Uebernahme sowie Beschlußfassung über die Verwen-
dung des Erlöses.
14. Anderweite Festlegung der Fluchtlinien der Planstraße 2
zwischen Planstraße 6 und Mosartstraße.
15. Zustimmung zu der Aufnahme der Königstraße von Vorsig-
straße bis Albrechtstraße sowie der Straße 485 in die
städtische Reinigung.
16. Desgleichen der Arndt- und Brüderstraße bei der Eisen-
bahnunterführung.
17. Desgleichen der Schildescherstraße von Herforderstraße bis
Haus Nr. 24.
18. Desgleichen zu der Abtretung einer Fläche von 1 qm aus
der Brüderstraße an den Professor H. Höder.

19. Bewilligung von 4000 Mark auf Straßenneubaurechnung
für einen Schmutzwasserkanal der Mühlenstraße zwischen
M. Hohe und Stadigrenze.
20. Bewilligung der auf die Stadt entfallenden Kosten des
Ausbaues von Straßen im Johannistal.
21. Mitteilung, daß der Stadtverbandsrevisor Weise aus Buch-
holz hier als Stadtssekretär angestellt werden soll und Zu-
stimmung, daß dessen Dienstzeit bei der Stadt Leipzig und
bei dem Städteassen-Revisionsverbande auf die pensions-
fähige Dienstzeit angerechnet wird.
22. Mitteilung, daß der Stadtrevisor Lemme aus Linden hier
als Stadtssekretär angestellt werden soll und Zustimmung,
daß dessen Dienstzeit bei der Stadt Linden auf die pen-
sionsfähige Dienstzeit angerechnet wird.
23. Mitteilung, daß der Verwaltungsassistent Kramer aus
Oberhausen hier als Verwaltungsassistent angestellt werden
soll und Zustimmung, daß dessen Dienstzeit bei der Stadt
Oberhausen auf die pensionsfähige Dienstzeit angerechnet
wird.
24. Mitteilung, daß der Direktor der Handwerkerschule Thiele
angestellt werden soll.
25. Desgleichen, daß der Lehrer an der Handwerkerschule
Godebold angestellt werden soll.
26. Desgleichen, daß der Verwaltungsassistent Weise zum
1. Juli, der Stadtssekretär Wüddemann zum 1. Oktober d. J.
in den Ruhestand treten und Zustimmung, daß dem v.
Weise die Zeit vom 15. Oktober 1891 bis 31. März 1897,
dem v. Wüddemann die Zeit vom 1. Oktober 1892 bis
1. November 1894 auf die pensionsfähige Dienstzeit ange-
rechnet wird.
27. Bewilligung einer Abzugszahlung an die städtischen Be-
amten und Lehrer, in gleicher Höhe wie 1908, auf die Be-
sorgungsaufbesserung für 1909.
28. Bewilligung von 1340 Mark Beiträge an die Pensions-
kasse und Witwen- und Waisenvorsorgekasse in Münster
für Umwandlung von nicht pensionsfähigen Gehaltsanteilen
des Oberbürgermeisters in pensionsfähige.
29. Außerdem: Antrag des Paul Niemann, betreffend die Fest-
stellung einer Fluchtlinie für die zukünftige Neubebauung
der Brinkstraße.

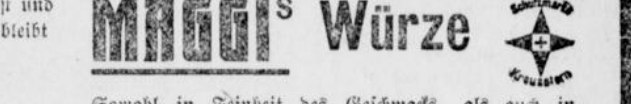
Bielefeld, den 3. Juni 1909.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung.
gez. Schmeier.



Das beste Küchenhilfsmittel

Man verlange ausdrücklich **MAGGI** Würze und achte auf die Schutzmarke!



MAGGI Würze

Sowohl in Feinheit des Geschmacks, als auch in
Ausgiebigkeit und Billigkeit steht sie unerreicht da.
Borteilhaftester Bezug in großen plombierten Flaschen.

MAGGI's gute, sparsame Küche!



Waschmaschinen

in den verschiedensten Systemen,
wie Benbel, Unterantrieb, Quer-
hebel, Rotations- und Motor-
maschinen, — erstklassiges Fabrikat
der Firma
Karl Kampmann Jr. Mülheim
verkauft billigst.
Adolf Heine
Spezialgeschäft
für Kochherde und Gefen
Ritterstraße 57.



Viel Geschrei

ist nicht notwendig, denn im
Ausverkauf Modehaus, Rathausstrasse 10,
erhalten Sie Hüte, Krawatten,
Wäsche etc. halb geschenkt.



Zur Reklame

halten Radler mit grösserem
Bekanntheitspreis prima Fahrrad
für ermäßigten Preis.
Scholz, Fahrradw.
Stein a. O. Nr. 197.
Schläuche 1,90 2,30, 2,75 3,60
Decken 1,95 2,75 3,75 5 Mk.
Starke Gebirgsdecken 4,75 6,25

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. 3109

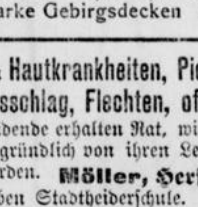
Mitglieder-Versammlungen:

- Ortsgruppe Schildesche.** Sonnabend, den 5. Juni,
abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Lüftung. Tagesordnung:
1. Der Strafvollzug und die Forderungen der Sozialdemo-
kratie. Referent: Genosse Busse. 2. Gemeindegangehen-
heiten.
- Ortsgruppe Sicker.** Sonnabend, den 5. Juni 1909,
abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Meier. Tagesordnung:
Vortrag des Genossen Max Sachs über „Alkoholfrage und
Arbeiterklasse“.
- Ortsgruppe Stieghorst.** Sonnabend, den 5. Juni,
abends 9 Uhr, bei Klemme. Zahlabend.
- Ortsgruppe Quelle.** Sonnabend, den 5. Juni,
abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung im Lokal.
- Ortsgruppe Verentrup.** Sonnabend, den 5. Juni,
abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
- Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-
Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.



Wieder zurück!

Dr. Mummert
Gütersloherstrasse 41.
Sprechstunden:
8 bis 9, 12 bis 1, 2 bis 3 Uhr.



Zahnziehen

mit Anästhe-
tium. Kost-
schmerzlos. 1 Mk.
Kinder 50 Pf.
Kassenmitglieder ohne Zuschlag.
Künstl. Zähne, plombieren etc. billigst.
S. Klarowicz,
Brunnenstraße.

Kleine Anzeigen-Gefte.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der letzten Ueberschrift 10 Pfg.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Kochherde,

weiß und schwarz emailliert, wenig
gebraucht, in enorm großer Auswahl.
sollen räumungsüber zu jedem nur
annehmbaren Preise verkauft werden.
Zeitzahlung gestattet. Adolf Heine,
Ritterstraße 57. 2438

Wägen,

zurückgekauft und gebraucht, von 7 Mk.
an. Brunnstraße 12 a. 3085

Fahrrad-

Reparaturen, wie Emaillieren und Ver-
nichten, Einfügen neuer Rohre, sowie
sämtliche anderen Reparaturen erhalten
Sie am besten und billigsten bei Hilbert
& Bertram, Bollenbederstr. 90. 12758

Möbel,

gebrauchte, Kleiderchränke, Bettstellen,
Matratzen, Betten (Ober- und Unter-
betten) zu verkaufen. Bahnhofstr. 2 a,
1. Etage, neben Harms Kinematograph.

Kinderwagen

werden jetzt billig verkauft Bahnhof-
straße 2 a, 1. Etage, neben Harms Kine-
matograph 3148*

Pflanzenbutter!

Zum Braten und Baden, sowie
auch aufs Brot vorzüglich geeignet
à Pfund 80 Pfg., bei 2 Pfund einen
Zeller oder Tasse gratis. Aug. Schmalz,
Bürgerweg. 3164*

Fahrradrahmen

mit Teufel, Lenker u. Sattelstütze
(Bielefelder Fabrikat), ein Jahr
Garantie, billig zu verkaufen, Kaiser-
straße 149. 3067*

Brillen,

auch Gläser und Reparaturen. Optiker
Dämmig, Ritterstr. 97, neben Utroge.

Parzelle,

5 Stück 10 Pfg., auch prima Lim-
burger Käse empfiehlt Wiebrod,
Deeper- und Kaiserstr.-Ecke. 2931

Käse 50

feinsten Limburger, auch kleine Bauern-
käse, 5 Stück 20 Pfg. Wiebrod,
Deeper- und Kaiserstr.-Ecke. 3119

Tafelwagen

und Petrosenmofen (weitestgehend) billig
zu verkaufen. Weststraße 27. 3161*

Fahrrad,

fast neu, zu verkaufen. Sonnenbrüder-
straße 43, II. Etage. 3170*

Gemüsehandlung

an verkauftereider Straße sofort billig
zu verkaufen. Wo jagt die Exp. 3159*

Höchte Preise

für ausgekammtes Damenhaar zählt
Georg Duppe, Roßtrichstraße 61. 3164*

Spaziergänger,

welche Sonntag mittag spazieren gehen
müssen, sollten nicht verärgern, des
Mittags von 11 1/2 bis 1 Uhr die
Matinee-Vorstellung im Kinematog-
raphentheater zur alten Post zu
besuchen. Letzter Tag, wo das be-
rühmte Bild Napoleon gezeigt wird.

Unterricht

im Klavier- und Harmoniumspiel er-
teilt P. v. Hagen, Ellerstraße 27, I. 3096*

Arbeiter,

jünglicher, zum Flaschenpülen auf-
sicht gesucht. Zu erfragen in der
Expedition. 3158*

Verkäuferin

für Kolonialwaren (Konsum) zu sofort
oder 1. Juli gesucht. Offerten mit
Gehaltsansprüchen an H. Zander,
Halle i. W., Langestr. 33. 3108*

Ziege,

junge, zu verkaufen. Steinlapp,
Siefer Nr. 18. 3146*

Wohnung,

4 Räume mit Stallung, sofort zu ver-
mieten. Siefer 360, Ruhdeiderweg. 3127*

Wohnung

von 4 Räumen zum 1. Oktober zu
vermieten. Bismarckstr. 62. 3153*

Die Anzeigen

in vor-
liegender
Nummer
müssen
die Lesenden und Leser der „Volk-
wacht“ beachten! * * * * *

Stadtparkasse Bielefeld

im neuen Rathause.
Tägliche Verzinsung der Spareinlagen
Zinsfuß 3 3/4 %
Unentgeltliche Ausleihung von
Heimsparrassen.

Unentgeltl. Einziehung der Spareinlagen von auswärt. Kassen.
Geschäftsstunden:
8 1/2—1 Uhr vormittags 3—6 Uhr nachmittags.
Annahmestellen:
Bürgerweg 34. Firma Kleinjung & Westerheyde.
Herforderstr. 82. Herr Apothekenbesitzer L. Müller.
Die Verwaltung der Stadtparkasse.
Toerner.



Caroline Diekmann

geb. Eichhoff
im Alter von 58 Jahren. — Diese zeigen allen Verwandten
und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Bielefeld, den 5. Juni 1909. 3163*
Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 5 Uhr vom Trauer-
hause, Engerstraße 36, aus statt. — Beerdiger dabei um 4 1/2 Uhr.

Sommertheater.
(Brinkhoffs Tonhalle.)
Heute Sonnabend **geschlossen.**
— Sonntag, den 6. Juni 1909, —
Anfang 8 Uhr:
Zum ersten Male!
Ehrliche Arbeit.
Volksheld mit Gesang von S. Wilten.
Montag, den 7. Juni 1909,
Anfang 8 1/2 Uhr:
Zum dritten Male!
Staatsanwalt Alexander.

Apollo-Cabaret
Marktstrasse 11.

Heitere Künstler-Abende
— Anfang 8 1/2 Uhr. —

Otto Waldemar,
Humorist u. Blüddichter.

Hella Bella,
Brettel-Diva.

Lona Heston,
Vortrags-Soubrette.

Gertrud Grunow,
Scherzlieder-Sängerin.
3160

Zentral-Verband der Zimmerer
Sonntag, den 6. Juni
morgens 6 Uhr:

Ausflug.
Sammelpunkt an der Spiegelstrasse.

Restaurant u. Gartenwirtschaft
C. Lütkeemeier, Wertherstrasse.

Schöner, schattiger Aufenthalt
für Familien und Vereine.

Jeden Sonntag: **Konzert.**

Sommerwirtschaft „Walddkrug“
(Sieger Schweiz.) Inhaber: Adolf Webbing.

Schöner, auf bequemen Wegen erreichbarer Ausflugsort. 5 Minuten von der Endstation der elektr. Straßenbahn entfernt. Großer Saal. Neue Veranda und Parlett-Kegelbahn. Separate Zimmer. Für Gesellschaften, Vereine bestens geeignet. Kinderspielfeld. ff. Biere. Guter Kaffee. Stets frische Milch. Aufmerksame Bedienung.

Sommerwirtschaft „Pappelkrug“.

Angenehmer und schöner Aufenthalt für Familien und Vereine.
Grosser Saal. Schattiger Garten.
Auf schattigen Waldwegen über Ochsenberg, Stadtwald oder Lindenallee Wertherstrasse in ca. 30 Minuten zu erreichen.

ff. Biere. **Guter Kaffee.**
Telephon 1108. **Heinr. Bokermann.**

Restauration zum Volksgarten

Carl Schröder.

Meine aufs beste eingerichtete
Restauration :: sowie meinen **:: Garten**
halte den verehrlichen Vereinen, Ausflüglern sowie allen Freunden und Bekannten bestens empfohlen.
Gute Speisen und Getränke. Aufmerksame Bedienung.

Schildesche. Restaurant zur Erholung
Inhaber: **Aug. Höner.**
Telephon 1413.

Schönster Ausflugsort für Familien und Vereine.
Schattiger Garten mit grosser Veranda.
Schöne Restaurationszimmer.
Eine der Neuzeit entsprechende Kegelbahn.
Spezialität: Westfälischen Schinken. — Täglich frische Milch, guter Kaffee. — ff. Biere u. Getränke.
Aufmerksame Bedienung. Mässige Preise.
2372 Haltestelle der elektrischen Strassenbahn.

Restaurant Kleinert.
Sonntag, den 6. Juni:

Grosser Ball.
Entree: Damen 10 Pfg., Herren 20 Pfg.
Es ladet freundlichst ein **G. Kleinert Ww.**

**Möbel aller Art,
Betten, Herde, Anzüge**

erhält jedermann bei wöchentlicher Abzahlung von
1 Mark an.

Möbel- und Waren-Kreditthaus

L. Bech,

Telephon 1459. Brunnstr. 12a. Telephon 1459.

**Herford. Berufs-
kleidung**
jeder Art
zu
Fabrikpreisen
bei 2524

Ernst Zimmermann, Comthuretr. 7.
Hochzeits-Einladungen
liefert schnell, sauber und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“.

**Arbeiter-Gesangverein
„Horstheide“**
(Mitglied des Deutschen Arb.-Sängerbundes).
Sonntag, den 6. Juni 1909:

Stiftungs-Fest

in den hierzu erbauten Zelten beim Vereinswirt
Meier-Dietrich in Theesen
unter Mitwirkung mehrerer Brudervereine, des Arbeiter-Turnvereins
„Frisch Auf“-Sudbrack und des Radfahrervereins „Transvaal“.
Um 5 Uhr:

Beginn des Fest-Balles.
Für Sitz-Gelegenheit, gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Einen Massenbesuch der organisierten Arbeiterschaft erwartet
Das Fest-Komitee.

Frisch auf! Frisch auf!
Brackwede.

Sonntag, den 6. Juni 1909, feiert der
Arb.-Radfahrerverein „Freiheit“
(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“)
sein diesjähriges

Stiftungs-Fest

im Lokale des Herrn Schröder, Brackwede, Gänsestr. 4.

Anfang 4 Uhr.
Entree: Herren im Vorverkauf 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg.
Damen „ „ „ 20 „ „ „ 25 „
Zu diesem genussreichen Feste ladet ein
Das Festkomitee.

Heinr. Bewekenhorn,
Bürgerweg 50.

Sonntag, den 6. Juni: **Ball.**

Carl Senker, Herforderstrasse.

Sonntag, den 6. Juni:

***** **TANZ.** *****

Es ladet freundlichst ein **W. Tuxhorn.**

Sonntag, den 6. Juni:

TANZ.

Es ladet freundlichst ein **W. Tuxhorn.**

Sonntag, den 6. Juni:

TANZ.

Hierzu ladet freundlichst ein **W. Vogt, Hallerweg.**

H. Bracksiek, Hallerweg.

Sonntag, den 6. Juni:

Grosser Ball.

C. H. Apenbrink, Herforderstr. 242.

Jeden Sonntag:

TANZ.

Sonntag, den 6. Juni 1909:

Grosses Tanzkränzchen.

Es ladet freundlichst ein **J. H. Gröppel, Ziegelfröße.**

Millionen Hausfrauen putzen

mit
Globus
Putzextract

Bestes Metall-Putzmittel

Sonnabend, den 12. Juni 1909, abends 9 Uhr,
feiert der

Gesang-Verein „Concordia“
im Lokale der Frau **Ww. Kleinert**, Detmolderstrasse,
sein diesjähriges

Stiftungs-Fest

durch **Konzert u. Ball.**

Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Frisch auf! Herford. Frisch auf!

Am Sonntag, den 6. Juni, feiert der
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Urania“, Abteilung 5,
sein diesjähriges

Stiftungs-Fest

im Saale des Herrn **W. Feld**, am Bahnhof,
verbunden mit **Reigenfahren und Ball**
wogu freundlichst einladet **Der Vorstand.**

Richtung! Lage. Richtung!
Lippisch-Westfälische Kraft-Sport-Vereinigung
feiert in

Lage, den 6. Juni, auf dem Schützenplatz ihr

II. Bundes-Sportfest

bestehend in

Gewichtheben, Ringkampf, Musterriegen u. Spezialleistungen.
Beginn des Wettkampfes 8 Uhr morgens.
2 Uhr Festzug durch die Stadt, nach Ankunft auf dem
Festplatz Fortsetzung des Wettkampfes.

Abends 6 Uhr Beginn des **Fest-Balles.**
Zu diesen genussreichen Stunden ladet von Stadt und Land ganz
ergebenst ein **Der Fest-Ausschuss.**

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
Gau östliches Westfalen und lippische Fürstentümer

feiert am Sonntag, 13. Juni 1909, auf dem städtischen Festplatz
(West) in Rheda in 3 grossen geräumigen Zelten sein

Bezirks-Gesangsfest

des 3. Bezirks.

PROGRAMM:
Morgens 11 1/2 Uhr: Frühlings-Konzert v. Vereinswirt A. Kipp.
Von 12 1/2—1 1/2 Uhr: Empfang der auswärtigen Vereine.
Nachmittags 3 Uhr: Aufstellung der Vereine beim Vereinswirt
A. Kipp und Abmarsch zum Festplatz
dortselbst

**Instrumental- und Vokal-Konzert, Chorsingen,
Tanz und Kinderbelustigung.**

Abends 7 Uhr: **Grosse Festpolonaise.**

Eintrittskarte zum Festplatz 30 Pfg.
Herren-Festkarte 1.00 Mk. Damenkarte 30 Pfg.

Die Wirtschaft ist dem Gastwirt S. Brandt übertragen und wird
derselbe für gute Speisen und Getränke bestens Sorge tragen. — Ferner
sind auf dem Festplatz Karussells, Achterbuden usw. aufgestellt.
Zu diesem Feste werden Arbeiter von Bielefeld und Umgegend
freundlichst eingeladen.

Das Fest-Komitee.



Ein **Kinder-**
spiel

ist die Verrichtung der Hauswäsche mit

dem vollkommensten selbsttätigen

Waschmittel von höchster

Wasch- und Bleichkraft. Wäscht

von selbst ohne jede Arbeit und

Mühe, bleicht wie die Sonne, schont

das Gewebe und ist absolut unschädlich.

Alleinige Fabrikanten:

Henkel & Co., Düsseldorf.

Schömar. So
Verfamm
Gunnbrod. S
2 1/2 Uhr
Den
Gau De
Am Sonnta
Schweideln fei
geladen sind.
15. August das
Arbeitervereine

* Siefer,
gestern abend
hier, beschäftigt
theenstraße. D
Freunden zum
Odenrup gena
bei seinen Schw
er von einem
Mitbadebuden sa
Nach langem G
funden und ins

* Theesen, f
die plötzliche B
ruchte sind in
folgendes als n
Lehrer Heymer
seit einiger Zei
ein Liebesverhã
Lehrers aber e
Vater des Mäd
aufsichtsbehörde
Beurlaubung de
Verzehrung folg

* Bradwebe
der Arbeiter V
haft, auf seinen
28 Jahre alt, v

* Herford,
depot und Min
Erfolg beendet.
mission des G
zwischen dem V
vertrag auf zw
schaft hat den V
was zu dem G
es soll auch fei
Waffen gekämp
merkmal, daß d
einem Vertrag
Herforder Arb
daß es kein G
Organisationen

e. Detmold,
taumer für
tammer sagt in
lage des Jahre
Abfahes das g
sich nicht nur
für außerhalb
auch bei den G
haben. Die H
weis, daß wirt
wo sie entstehen
dehnen, auch a
liche Lebensbed
delskammer ton
den Schlußfolg
„Daß auch
bar geworden i
den die Ziegler
Diese wiederum
Deutschland, u
niederbelegen h
kraft der Zieg
Berichterlatter
Ziegler als Re
1908 nur auf d
vor zwei Jahr
ganze Gewerbe
1 1/2 bis 2 Mil
Daß die Ar
Handelskammer
der Landwirtschaft
durch eine gut
nun die Verid
wissenschaftliche
lebensader des
Bank- u
bist eingehend
folgende Wahr
„Eine Lehr
zeitigt: Für d
Grenzen seines
jeht angewand
ichen. Mit m
Reisen überwin
und Beleuchtung
schlag Zusamm
Die Fra
Steuereffekt
steigerung der
lungsfähigkeit
nein. In d
jages ihre B
schaffen müssen
Anzahl lippisch
Quarzit halbi
nicht als Mat
Bafast. Der
Für unser La
Straßen in de
kosten; außer
jede Gelegenhe
die geschafften
Landes zu ver
schäftigung in
bat unter der
Zweige der
industrie, Stu
von der schle
werden als in

putzen
S
mittel
abends 9 Uhr,
ncordia"
etmolderstraße, 3151
Fest
Ball.
Vorstand.
auf!
ung 5,
3122
Fest
im Bahnhof,
und Ball
Vorstand.
Richtung!
rt-Vereinigung
igenplatz ihr
fest
3107
Spezialleistungen.
morgens.
Ankunft auf dem
Anpfes.
Balles.
Stadt und Land gang
fest-Ausgang.
bund
Fürstentümer
rädlichen Festplatz
gen Festen sein
ngsfest
M:
Festwirt A. Sipp.
Festwirt
beim Festwirt
zum Festplatz
t, Chorsingen,
igung.
polonaise.
Pfg.
amentarie 30 Pfg.
übertragen und wird
orge tragen. — Ferner
den usw. aufgestellt.
feld und Umgegend
3140
der-
spiel
de mit
tenselbottätigen
von höchster
kraft. Wächst
jede Arbeit und
schon
schlich.
EN:
eldorf.

Versammlungen.
Schömar. Soz. Verein. Sonntag, 6. Juni, vorm. 10 Uhr: Versammlung.
Hannover. Soz. Verein. Sonntag, 6. Juni, nachmittags 2½ Uhr: Versammlung.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Westfälisches Westfalen und Lippe. Bezirk 5.
Am Sonntag, 6. Juni, feiert der Gesangsverein „Frohmann-Schweigen“ sein Gründungsfest, wozu die Bezirksvereine eingeladen sind. Gleichzeitig erinnern wir daran, daß am 15. August das Gausfest in Herford gefeiert wird, was die Arbeitervereine von Herford berücksichtigen wollen.
Der Bezirks-Vorstand

* **Siefer, 5. Juni.** Beim Baden ertrunken ist gestern Abend der 19-jährige Sohn Walter des Wirts Meier hier, beschäftigt bei der Firma Vogelgang in Bielefeld, Dorotheenstraße. Der junge Mann war gestern Abend mit mehreren Freunden zum Baden in den Teich auf Hagemanns Ziegelei in Odetrup gegangen. Er konnte nicht schwimmen und geriet bei seinen Schwimmversuchen an eine tiefe Stelle. Dabei scheint er von einem Herzkrampf befallen worden zu sein, denn die Mitbadenden sahen, wie er die Arme hochschlug und unterging. Nach langem Suchen wurde seine Leiche nach 2¼ Uhr gefunden und ins elterliche Haus gebracht.

* **Theelen, 5. Juni.** Große Aufregung herrscht über die plötzliche Beurlaubung des Lehrers Heymer, allerlei Gerüchte sind im Umlauf. Von diesen Gerüchten hat sich bis jetzt folgendes als wahr herausgestellt. Der etwa 35 Jahre alte Lehrer Heymer, verheiratet und Vater mehrerer Kinder, hat seit einiger Zeit mit der 15-jährigen Tochter eines Einwohners ein Liebesverhältnis unterhalten, welches nach Behauptung des Lehrers aber ein rein platonisches gewesen sein soll. Als der Vater des Mädchens von der Sache erfuhr, hat er der Schulaufsichtsbeförde davon Mitteilung gemacht, die dann die sofortige Beurlaubung des Lehrers verfügte, der jedenfalls recht bald eine Verzeihung folgen wird.

* **Brackweide, 5. Juni.** Erhängt. Gestern Abend wurde der Arbeiter Wilhelm Jastoband, Friedrichsdorferstraße wohnhaft, auf seinem Boden erhängt aufgefunden. Der Tote ist 28 Jahre alt, verheiratet und hinterläßt drei unmündige Kinder.

* **Herford, 5. Juni.** Der Streik bei Lucas, Bierdepot und Mineralwasserfabrik, ist nach dreitägiger Dauer mit Erfolg beendet. In den Verhandlungen nahm auch eine Kommission des Gewerkschaftsstellens teil. Es wurde zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Firma ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Die Herforder Arbeiterschaft hat den Brauereiarbeitern ihr Solidaritätsgefühl bezeugt, was zu dem Erfolg beitrug. Der Kampf ist nun beendet und es soll auch kein Groll zurückbleiben. Es wurde mit ehrlichen Waffen gekämpft. Wir machen deshalb besonders darauf aufmerksam, daß die Firma Lucas die einzige am Plakate ist, die in einem Vertragsverhältnis mit der Gewerkschaft steht. Die Herforder Arbeiterschaft wird der Firma den Beweis liefern, daß es kein Schaden ist, wenn man mit den gewerkschaftlichen Organisationen Verträge abschließt.

* **e. Detmold, 2. Juni.** Aus dem Bericht der Handelskammer für das Jahr 1908. Die lippische Handelskammer sagt in ihrer allgemeinen Übersicht über die Geschäftslage des Jahres 1908, daß die 1907 eingetretene Störung des Absatzes das ganze Berichtsjahr hindurch angehalten hat, und sich nicht nur bei den Industrien, die für den Weltmarkt oder für außerhalb Lippe arbeiten, bemerkbar gemacht hat, sondern auch bei den Gewerben und Geschäften, die in Lippe ihren Absatz haben. Die Handelskammer sieht darin mit Recht einen Beweis, daß wirtschaftliche Krisen heute nicht an dem Punkte haften, wo sie entstehen, sondern sich überraschend schnell überall hin ausbreiten, auch auf Kreise, die anscheinend ganz andere wirtschaftliche Lebensbedingungen haben. Der Berichterstatter der Handelskammer kommt dann betreffend des Detailhandels zu folgenden Schlussfolgerungen:
„Daß auch im Detailhandel hier der Niedergang schon so fühlbar geworden ist, hängt allerdings zusammen mit dem Einfluß, den die Ziegler und ihre Familien auf den Konsum ausüben. Diese wiederum sind abhängig von der Bautätigkeit in ganz Deutschland, und da gerade diese im Laufe des Jahres sehr niedergelegen hat, so ist der Verdienst und damit auch die Kaufkraft der Ziegler zurückgegangen. Wird doch von unserem Berichterstatter über das Zieglergewerbe der Betrag, den der Ziegler als Reingewinn mit nach Hause bringt, für das Jahr 1908 nur auf durchschnittlich 350 Mk. beziffert, während er noch vor zwei Jahren 500 als Durchschnitt berechnete, was für das ganze Gewerbe eine Verminderung des Jahreseinkommens von 1½ bis 2 Millionen ergibt.“
Daß die Krise nicht noch schlimmere Folgen zeitigte, führt die Handelskammer zum Teil auf die erheblich größere Kaufkraft der Landwirtschaft gegen früher zurück, die noch verläßt wurde durch eine gute Mittelernte, besonders in Roggen. Es folgen nun die Berichte der einzelnen Industrien. Wir wollen das wissenschaftlichste der Industrien wiedergeben, die die Hauptlebensader des lippischen Landes bilden.
Baum- und Geldwesen. Der Berichterstatter befindet sich eingehend die Entstehung der Geldknappheit und richtet folgende Mahnung an die maßgebenden Faktoren:
„Eine Lehre und Warnung hat aber die Krise schon gezeitigt: Für den Geschäftsmann, seine Unternehmungen in den Grenzen seines Vermögens zu halten, für die Geldinstitute der so sehr angewachsenen Borgwirtschaft angemessene Grenzen zu setzen. Mit mäßigen und vernünftigen Krediten können Krisen überwunden werden, wogegen angespannte Verhältnisse und Verleumdungen bis an den Dachstuhl bei dem geringsten Umschlag Zusammenbrüche bewirken müssen.“
Die Bau-Industrie klagt über die Folgen der Steuererhöhung des Jahres 1906, über erhebliche Preissteigerungen der Rohmaterialien und über die verminderte Zahlungsfähigkeit der Abnehmer. — Die lippische Hartstein-Industrie Bierenberg hat infolge guten Absatzes ihre Betriebe vergrößern und bedeutende Neuanlagen schaffen müssen. Wie aus dem Bericht hervorgeht, bezieht eine Anzahl lippischer Behörden, obwohl der Bierenberger Kieper-Quarzit haltbarer ist als Baisit, das Bierenberger Produkt nicht als Material zu Straßenbauten, sondern verwenden noch Baisit. Der Berichterstatter sagt zu dieser Tatsache mit Recht: „Für unser Land entstehen dadurch, wenigstens soweit es sich um Straßen in der Nähe unserer Brücke handelt, erheblich höhere Kosten; außerdem sollte aber doch auch seitens der Behörden jede Gelegenheit benutzt werden, eine Industrie zu unterstützen, die geschaffen ist, bisher noch brach liegende Bodenschätze des Landes zu verwerten und dadurch zugleich vielen Arbeitern Beschäftigung in der Heimat gewährt.“ — Die Holzindustrie hat unter der Krise mit am stärksten gelitten. Die einzelnen Zweige der Industrie: Holzhandel, Holzschneiderei, Möbelindustrie, Stuhlfabrikation, sind gleichmäßig abhängig gewesen von der schlechten Wirtschaftslage. Die Arbeiterverhältnisse werden als im allgemeinen gesunde bezeichnet. Mit der Zeit

August 1908 hervorgetretenen größeren Nachfrage um Arbeit gegen frühere Jahre paart sich die Klage der Arbeiter, daß ihr Verdienst mit den teuren Lebensmittelpreisen nicht in Einklang zu bringen sei. Die Möbelindustrie im besonderen glaubt Ursache zu haben, über Mangel an tüchtigen Leuten hier und da klagen zu müssen. Es kann diesem Mangel, der unseres Wissens nicht besteht, aber nur dadurch abgeholfen werden, daß man den tüchtigen Leuten auch tüchtigen Lohn zahlt. Mit dem Augenblick, wo das geschieht, wird der Mangel behoben sein.
Die Studindustrie ist unter der schlechten Konjunktur des Baugewerbes und hatte Ueberangebot an Arbeitskräften.
Die Tabakindustrie kann über befriedigenden Geschäftsgang berichten, der durch die neuen Steuerprojekte zu Anfang dieses Jahres beeinflusst wurde.
Das Zieglergewerbe, der Haupterwerbszweig der Lipper, wird in längeren Ausführungen behandelt. Die schwierige Lage des Zieglergewerbes, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise, wird eingehend dargelegt. Der Bericht schließt mit folgenden beachtenswerten Sätzen: „Die Ziegeleien sind — mehr oder weniger — abhängig von den Erfolgen der in mehreren Jahren im Betriebe erworbenen Erfahrungen und von den Sachkenntnissen ihrer Betriebsleiter, Ziegelmeister und Brenner. Da nun wenige unserer Ziegler durch Benutzung der Fachliteratur und der Fachzeitschriften oder durch den Besuch einer Fachschule sich diejenigen Erfahrungen und Fortschritte aneignen, die erforderlich sind, um mit ihren Erzeugnissen aus den engen Grenzen örtlicher Verhältnisse herauszukommen, so beschränkt sich auch, mit wenigen Ausnahmen, ihre Tätigkeit nur auf die Erzeugung von gewöhnlichen Sintermauerziegeln, und die von Jahr zu Jahr sich mehrenden besseren und größeren Betriebe bleiben ihnen verschlossen. Vom Jahre 1890 ab bis zum Jahre 1907 haben durchschnittlich 1000—1200 lippische Ziegelmeister etwa 15 000 lippische Ziegler und ebenso viele auswärtige Ziegler beschäftigt. Die Zahl der von auswärtigen herangezogenen Ziegler hat sich aber infolge Einschränkung aller Ziegeleibetriebe wesentlich verringert, und damit auch wesentlich der Verdienst der lippischen Ziegelmeister. Der durchschnittliche Verdienst eines lippischen Zieglers stellte sich nach Abzug der Unterhaltungskosten auf etwa 350 Mark. Zugeführt wurden dadurch Lippe 4½ bis 5 Millionen Mark.“
* **Detmold, 4. Juni.** Der Besitzer der lithographischen Kunstanstalt Gebrüder Klingenberg, Geh. Kommerzienrat Wlth Hofmann, ist heute hier im Alter von ungefähr 40 Jahren gestorben. Der Verstorbene übernahm im Jahre 1903 mit dem vor einigen Jahren gestorbenen Witinhader Stachle die genannte Kunstanstalt.
* **Detmold, 4. Juni.** Seit dem 1. Juni ist auf dem hiesigen Bahnhof eine Frachtbriefprüfstelle eingerichtet. Bevor die Frachtgüter ausgeliefert werden, müssen die Frachtbriefe geprüft werden. Diese Maßregel soll Verschleppungen und Falschsenden der Frachtgüter verhüten.
* **Detmold, 4. Juni.** Deutschnationale Handlungsgehilfen gegen ihren Führer, den Reichstagsabgeordneten Schach, betreffs seiner ablehnenden Stellungnahme zur Nachlasssteuer. In einer Versammlung des Ortsvereins der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins gelangte nach längerer, scharfer Aussprache eine Resolution einstimmig zur Annahme, in welcher die ablehnende Stellung des Vorsitzenden des Vereins, Reichstagsabgeordneten Schach, gegen die von der Regierung geplante Nachlasssteuer verurteilt wird. In der Resolution, welche sehr scharf gefaßt ist, wird betont, daß eine derartige Stellungnahme im Parlament den Wünschen und Zielen des Vereins entgegenstehe.
* **st. Pippstadt, 4. Juni.** Unversehorene Lügenheuteile. Das hiesige fromme Zentrumslächchen, der „Patriot“, bemüht sich wieder einmal im Schweiße seines Angesichts, den Arbeitern und kleinen Leuten weis zu machen, daß das Zentrum noch nie etwas anderes getan habe, als ihre Interessen zu vertreten. „Erbschaftsteuer und Gerechtigkeit“ ist der Artikel überschrieben, in dem gelogen wird, daß sich die Wästen biegen. Trotzdem die unbemittelten Klassen den „Segen“ des Politaris und der darauf basierten Handelsverträge am eigenen Leibe zu spüren bekommen haben, wird ihnen immer wieder eingeunden versucht, daß die Brod- und Fleischwunderpolitik des Zentrums gerade in ihrem Interesse gelegen habe. Dann wird dargelegt, wie sehr die Landwirtschaft unter der geplanten Erbschaftsteuer zu leiden haben würde, als Kronzeuge werden dazu die Auslassungen des Fürsten zu Salm-Horsmar im „Tag“ angeführt und dann heißt es wörtlich:
„Der kleine Landwirt, der nie viel bares Geld in Händen hat, würde die hohe Erbschaftsteuer nur zahlen können durch Aufnahme einer hochprozentigen Hypothek zu den bereits aufstrebenden Hypotheken, Verbindungen und Legaten. Kann es im Interesse des Staates liegen, daß seine Bürger Schulden machen müssen, nur um die Steuern bezahlen zu können? Die Landwirtschaft müßte doch geradezu ruiniert werden.“
Wir wollen gegenüber diesem untergeschätzten Schwindel nur die Darlegung eines Mitarbeiters der freisinnigen „Hofloder Zeitung“ entgegenhalten. Dieser führt aus:
„Wenn jemand 20- bis 30 000 Mark hinterläßt, so gehen davon ab — erichrede man nicht! — 0,5 Prozent, gleich 100 bis 150 Mk., und diese ungeheure Summe soll gezahlt werden — falls niemand um! — in 20 Jahren, also jährlich 5 bis 7,50 Mark. (Die 20 Jahre sind im Entwurf auf 5 Jahre abgeändert, so daß die ungeheure Summe von 20 bis 30 Mark jährlich herauskommt!) Da behauptete der Bund der Landwirtschaft, diese Abgabe hindere die Vererbung in der Familie, vernünftige den Verkauf des ererbten Hofes! Für solche, die mit ländlichen Verhältnissen nicht vertraut sind, sei bemerkt — für Landwirte ist es nicht nötig —, daß die meisten Erbschaftsteuern 15- bis 20 000 Quadratrußen enthalten, zurzeit einen Preis von 40 000 bis 100 000 Mk. haben und durchschnittlich zur Hälfte bis zu zwei Dritteln des Wertes mit Hypotheken belastet sind, so daß sie durchschnittlich einen reinen Vermögensbestand von 20- bis 60 000 Mk. haben.“
Also erst bei einer Hinterlassenschaft von 20 000 Mk. sollen ein paar lumpige Mark dem Staatsfiskus geopfert werden. Und da wird frisch, frei behauptet, die Landwirtschaft werde ruiniert und im besonderen der kleine Landwirt, — der doch von der Steuer gar nicht betroffen wird — werde so von derselben belastet, daß er Schulden machen müsse! Dann heißt es am Schluß des Artikels:
„Die Arbeiter wissen, daß das Zentrum stets am besten ihre Sache vertreten hat, daß es bisher seinen alten Grundsatz beibehalten hat: Belastung der Starken, Schonung der Schwachen Schultern. Daher werden sie ihm auch fernherhin vertrauen.“
„Die Arbeiter werden auch bei der jetzigen Reichsfinanzreform mit dem Zentrum sehr zufrieden sein. Sie können sich verheißt sein, daß das Zentrum alles tun wird, was in seinen Kräften steht, daß der Steueranfall infolge Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht durch indirekte Steuern, sondern durch Besitzsteuern aufgebracht wird.“
Demgegenüber ist nur festzustellen, daß das Zentrum auch jetzt wieder bereit ist, 400 Millionen indirekter, den Massenkonsum belastende Steuern zu bewilligen. Und damit sollen die Arbeiter und kleinen Leute, Handwerker, kleinen

Landwirte usw., die in erster Linie davon betroffen werden, zufrieden sein? Das schreibt das Blatt nieder, obwohl es doch wissen muß und auch wohl wissen wird, daß sogar zentrumsfreie Arbeiter mit dieser Sorte „Finanzreform“ durchaus nicht einverstanden sind. Aber der „Patriot“ hält jedenfalls seine unheimlichen Anhänger für blödsinnig, sonst würde er ihnen eine solch unglaubliche Fälschung der wirklichen Verhältnisse nicht vorsetzen.
* **Münster, 5. Juni.** Gestern Abend 8½ Uhr erlitt im hiesigen städtischen Brauereibad ein junges Mädchen einen Herzschlag.

Vermischtes.
Unwetter. München, 3. Juni. Heute nacht 11 Uhr ging über München und Umgebung ein furchtbares Unwetter, verbunden mit Hagelschlag, nieder, welches enormen Schaden an den Kulturen verursachte. Die Hagelschläge hatten die Größe von Taubeneiern und lagen stellenweise noch heute früh in den Straßen. Mehrfach schlug der Hagel ein, so daß die Feuerwehre wiederholt in Tätigkeit treten mußte. In den städtischen Anlagen wurden große Bäume entwurzelt und starke Äste abgebrochen.
Lagerdiebstähle. Hanau, 4. Juni. Im Kaufhaus „Zur Weltinsel“ wurden gestern große Lagerdiebstähle aufgedeckt. Die veruntreuten Waren sollen einen bedeutenden Wert repräsentieren. Die Untersuchung nach den Tätern ist noch nicht abgeschlossen.
Ein lieberer Ehegatte. Bahrze, 4. Juni. Der Arbeiter Pippol mißhandelte seine eigene Frau zu Tode. Die amtliche Untersuchung ergab, daß der Tod durch furchtbare Knüttelschläge und durch den Abstoß von einer steilen Treppe verursacht war. Die Leiche wurde beschlagnahmt, der Täter verhaftet.
Grubenunglück. Rybnik, 4. Juni. In der „Donnersmarckgrube“ lösten sich gestern plötzlich schwere Kohlenmassen aus dem Hangenden und begruben eine Anzahl Bergleute unter sich. Der Häuer Fieles konnte nur als Leiche geborgen werden, die übrigen wurden gerettet.
Mord und Selbstmord. Mülhausen (Els.), 4. Juni. Der Sergeant Lux von der 4. Kompanie des 142. Infanterie-Regiments erschloß die Kellnerin Müller in deren Wohnung mit seinem Revolver und darauf sich selbst. Beide waren sofort tot.

Letzte Nachrichten.
Tüfteldorf, 5. Juni. Die Strafkammer verurteilte den früheren Trappenwater Michael Bents wegen Urkundenfälschung zu 15 Monaten Gefängnis. Er hatte einen Großkaufmann zu Länderpekulationen in Südafrika animiert und ihn um etwa 13 000 Mark betrogen, nachdem er vorher eine Depesche gefälscht hatte.
Tüfteldorf, 5. Juni. Der Arbeiter Schwebt in Ratingen erschloß seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in deren Wohnung und durchschlug sich dann selbst den Hals.
Köln, 5. Juni. In der Nähe des Ortes Hersel unweit Bonn wurden gestern Abend zwei Radfahrer, ein junger Kölner Kaufmann und ein 65-jähriger Betriebsinspektor, die in einem Abstände von 10 Minuten die dortige Gasse passierten, von mehreren Wegelagerern überfallen und ihrer Barchast beraubt. In beiden Fällen knielten die Verurteilten ihre Opfer und banden sie an einen Baum. Als dann flüchteten sie auf den gestohlenen Rädern. Als Bauern die Verfolgung der Räuber aufnahmen, gaben diese Revolvergeschosse auf ihre Verfolger ab. Ein älterer Radfahrer wurde durch einen Schlag auf den Kopf schwer verletzt. Polizeibehörden wurden sofort nachgeschickt, nach den Wegelagerern angeordnet, bisher aber ohne Erfolg.
Koblenz, 5. Juni. Ein hier zu Besuch weilender 10-jähriger Knabe und die achtjährige Tochter eines hiesigen Kaufmanns spielten am Rhein, als plötzlich der Junge in den Strom fiel. Entschlossen sprang das Mädchen dem Knaben nach und es gelang, diesen zu retten, während das heldenmütige Mädchen ertrank.
Magdeburg, 5. Juni. Der Ausschuss des deutschen Handels-tages hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung ebenfalls auf scharfste gegen die Steuerprojekte der Rumpfkommmission protestiert.
Berlin, 5. Juni. Die „Nationalzeitung“ schreibt: Immer wieder tauchen Gerüchte auf, der Reichsfinanzminister Seydow beabsichtige, seinen Posten zu verlassen. Diese Vermutung ist grundlos. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß zu einem Rücktritt des Herrn von Seydow nicht der geringste Grund vorliegt, vor allem auch, weil durch einen eventl. Wechsel im Reichsfinanzamt nichts gewonnen würde.
Berlin, 5. Juni. Die in der Boddingsstraße wohnende Frau des Oberpostkassiers Stephan ist seit einigen Tagen mit ihrem 12-jährigen Knaben und ihrem 11-jährigen Mädchen verschwunden. Man begt die Befürchtung, daß die Frau, die von ihrem Manne getrennt lebt und die schwermütig ist, sich und den Kindern den Tod gegeben hat.
Königsberg i. Pr., 5. Juni. Die Stadtgemeinde beschloß gestern eine neue Wertzuwachssteuer. Ferner sprach sie sich gegen die Reichswertzuwachssteuer aus und beschloß die Ablehnung einer Eingabe an den Reichstag, den Bundesrat und das Staatsministerium wegen Ablehnung der Reichswertzuwachssteuer.
Wien, 5. Juni. Zwischen Rom, Paris, London und Petersburg finden Verhandlungen wegen der Kretasfrage statt. Man befürchtet eine bedrohliche Zuspitzung dieser Frage, da der griechische Hof angeblich Gefahr für die Dynastie befürchtet, wenn jetzt nichts zugunsten der Annexion Kretas geschieht. Der griechische König soll jüngst erklärt haben, er will abdanken, wenn Griechenland verhindert werden sollte, für Kreta etwas zu unternehmen. Andererseits soll von den Konstantinopeler leistenden Kreisen der schärfste militärische Widerstand gegen Annahmerungsverträge zu erwarten sein. Angesichts dieser Bestimmungen sind die Aussichten der vorgeschlagenen direkten Verhandlungen zwischen Athen und Konstantinopel gleich Null.
Rom, 5. Juni. Auf der Straße Teracina in Neapel hat sich, wie gemeldet, ein junger Deutscher erschossen. Sein Paß trug den Namen Georg Graf Kahrtsch. Danach scheint es sich um den Leutnant des preussischen Pionierregiments Nr. 6 Georg Graf Kahrtsch von Wönnisch zu handeln, der 23 Jahre alt und zur Offizierschule in Paderborn kommandiert war.
Rom, 5. Juni. Bei Santa Teresa wurde der Leichnam eines französischen Schiffskapitäns namens Rorer aus dem Meere gezogen. Es scheint ein Verbrechen vorzuliegen.
Belgrad, 5. Juni. König Peter hat sich in dem Konflikt seines Sohnes, des Prinzen Georg, mit dem Major Olanowitsch entschieden auf die Seite des letzteren gestellt. Er übertrug dem Major mit Zustimmung des Kronprinzen ein Regimentskommando in Kisch. Prinz Georg ist darüber so erbittert, daß er ein Schreiben an den König richtete, in dem er droht, seine Offizierschärge niederzulegen, wenn ihm nicht durch sofortige Ausschließung Olanowitsch aus der Armee Genugtuung gegeben werde. Prinz Georg schreibt weiter, das ewige Zusammengehen des Königs mit den Verschwörern würde die Dynastie Karageorawitsch bald vernichten und eine Abtötung des serbischen Volkes könne der König bald überzeugen, daß das gesamte Volk sich von ihm abgewendet habe.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Wiltker, beide in Bielefeld.

Wir verkaufen unser gesamtes vorjähriges Lager in Herren- und Knaben-Hüten und -Mützen

ohne Rücksicht auf den uns entstehenden Verlust
zu untenstehenden Einheitspreisen:

Herren-Matelo-Hüte

sonst bis 2,50
Stück 60

Herren-Fasson-Hüte

sonst bis 5,00
Stück 100

Knaben-Matelo-Hüte

sonst bis 85
Stück 30

Herren-Mützen

sonst bis 2,25
Serie I 10, II 25, III 50

S. Alsberg & Co.

Knaben-Mützen

weisse Jockey
teils etwas angestaubt
sonst bis 95
Stück 10

Dallie
Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Interessen der „Volkswacht“.

Gebr. Ruschhaupt
Bielefeld.

Aromatische Sparkernseife ist
die beste und billigste Seife.
Unübertrefflich.

**Bäder, Massagen,
Packungen**

in und ausser dem Hause.

Frau Schumann, staatlich geprüft.

Rathausstr. 10
Warum eilen Sie nicht zum Modehaus?
Sie erhalten dort schon
Strohhüte von 50 Pfg. an
Echte Panamas zu nie gekannten Preisen.
Alle anderen Herren-Artikel zu jedem an-
nehmbaren Preise wegen Aufgabe dieses Laden-
geschäftes.
A. & C. Voss.

Zigarren-Import- und Versand-Haus

Carl Schewpe,

Bahnhofstrasse 39 Hotel Vereinshaus Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurlärstr.

**Grosses Lager in
Havanna-Zigarren**

sowie in durchaus erstklassigen deutschen Fabrikaten.
Ferner empfehle die so beliebten Spezialmarken der Zigaretten-
Fabrik „Juwel“, Dresden

„Kleine Sachsen“ per Stück 2 und 3 Pfg.,
garantiert Handarbeit.

„Bazara“ per Stück 3 1/2 — 10 Pfg.,
nach Cairo-Art.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Bahnhofstrasse 39 Fernspr. 469. Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurlärstr.

Marke
Brennabor



Mertens
Kinderwagen-
Lager

ist unübertroffen
an 2370

**Auswahl und
Preiswürdigkeit.**

Überzeugen Sie
sich durch
Lagerbesichtigung.



Marke
Naether.

Bielefelder Consum-Verein

E. G. m. b. H.

Zentrale mit Kontor: Waldemarstr. 4.

Gesamtsumme der Mitgl. 31. 12. 08: 141195.— Mk. Reservefonds 163000.— Mk.

Gesamtumsatz Mai 1909: 278280.— Mk.	Brotumsatz Mai 1909: 92390.— Mk.
" Mai 1908: 244420.— "	" Mai 1908: 78380.— "
mithin Mehrumsatz: 33860.— Mk.	mithin Mehrumsatz: 14010.— Mk.

90 Personen meldeten sich im gleichen Monat als neue Mitglieder der
Genossenschaft an.

Wir machen besonders auf unsere Sparkassen-Einrichtung aufmerksam.

Spareinslagen-Zinsfuß 4 Prozent.

Beitritts-Erklärungen

werden jederzeit in unsern nachstehend verzeichneten Verkaufsstellen entgegengenommen:

- | | |
|--|---|
| 1. Bielefeldstr. 22. | 15. Siefer 198. |
| 2. Herforderstr. 107 a. | 16. Kurfürstenstr., Ecke Teichstr. |
| 3. Zastrowstr. 18. | 17. Groß-Dornberg (am Bahnhof). |
| 4. Weststr. 52 b. | 18. Brackweide, Kupferhammer, Gütersloherstr. |
| 5. Oststr. 1 b. | 19. Schildesche, Düppelstr. 24. [221. |
| 6. Bleichstr. 137. | 20. Heepen 106. |
| 7. Schildesche, Körnerstr. 13. | 21. Am Bach 10. |
| 8. Mellerstr. 23 a. | 22. Brake 114. |
| 9. Waldemarstr. 6. | 23. Gellershagen 89. |
| 10. Brackweide, Kaiserstr. 98. | 24. Ecke Wittekind- und Schloßhofsstr. |
| 11. Gut Sudbrack, Jöllenbederstr. 138. | 25. Brackweide, Friedrichsdorferstr. 12. |
| 12. Schildesche, Heeperstr. 13. | 26. Dönnabrunderstr. 67. |
| 13. Schildesche, Herforderstr. 53. | 27. Gadderbaum, Eggetal 21. |
| 14. Siefer 271. | 28. Halle i. W., Langestr. 33 a. 3154 |

Liebreiz

verleiht ein zartes, reines Gesicht,
volles, jugendliches Aussehen,
weiße, samtartige Haut und
blühend schöner Teint. 1882
Alles dies erzeugt die allein echte
Stedenpferd-Milchmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Nadeln,
à St. 50 Pfg. bei L. Schäfer.

Invaliden-Fahrräder.
Katalog gratis.
Spezialfabrik
Louis Krause, Leipzig 103.

Visiten-Karten
liefert sauber und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Auf Kredit

**„ Möbel „
„ Betten „
Gardinen
Teppiche**

**Herren- und
Damen-Garderobe.**

Kleinste Anzahlung.
Bequemste Abzahlung.

L. Sachs
Rathausstr. 1.

Nr. 12

Die Invali

Wie schon e
die Hinterblieben
Invalidenversich
sionen zugewende
pflicht, der Selt
Invalidenversich
neu unterstellt n
sicht des Entwur
jen des Mit
jetigen selbständ
nehmen, die frü
Generation, in
vor ihrer Bereh
frauen komm
wiederholt erklä
und Altersversie
für die Hinterb
dafür gesehen, d
wenig Gebrauch
dies zutrifft, ern
sicherung für d
für das Recht i
rung.

Freilich soll
versicherung die
und Waisenbegri
werden; es wir
von den freiwill
welche verheir
zehn Jahre
Todesfall eines
fein, während
auf 100 versicher
heiratete komm
wachsen. Aller
Versicherten auf
sein. Aber des
notwendig, die
Bemessung der
aufgehen. Das
Erhöhung d
sicherten. A
das Recht zugeb
sich zu sichern,
Freiwillen der klei
Art von Versch
reist, als für di
eine Zusatzversi
begühe, die auf
sollen, sind so m
die freiwillige
das sicher nicht
Aufnahme zu b
Wünsche. Soll da
gegen Leistung
gründen, wie die
Fürsorge
die Hinterblieben
Bordbedingun
füllt, bezw. die
zurückgeleg
verlängerte Wa
Xi der Tod
geführt, so soll e

Ver
27
Nun änderte
durch ihre Unwe
der Schönen, fr
tafel durch einig
Die Kunst tr
begeligt, in der
Wünsche wach
eine Schauspiel
nicht mehr zu de
„Mich überje
Dankelberg endl
„Aber meine
Barbon für mei
liche Braut?“
Fritz lachte
lehten Worte n
Dieser Schw
fiel ihm seiner
legte, sobald er
der Fall sein, de
gegeben, und m
Sekt, was in
erregte.
„Wir können
zu gehen,“ gab
Menschen, als
jener „möblierte
hatte, daß er sid
„Kandidat“ war
Rot seinen Refe
examen durch.
Als er ausgo
es vortrefflich v
Güte gehörig zu
nicht verhehlen,
reiste, damals d
Geller zum Sch
Trolla die Ne
Leider war
kommen. Spät

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 128.

Bielefeld, Sonnabend, 5. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die Invaliden- und die Hinterbliebenen-Versicherung.

II.

Wie schon erwähnt, regelt die Reichsversicherungsordnung die Hinterbliebenenversicherung in engster Verbindung mit der Invalidenversicherung. Die neue Fürsorge soll sämtlichen Personen zugewendet werden, die auf Grund der Versicherungspflicht, der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherung unterstellt sind oder durch den Entwurf neu unterstellt werden. In diesem Umfange soll nach der Absicht des Entwurfs die neue Versicherung auch manchen Kreisen des Mittelstandes zugute kommen, vor allem denjenigen selbständigen Gewerbetreibenden und Betriebsunternehmern, die früher unfähig und, abgesehen von der älteren Generation, invalidenversicherungspflichtig gewesen. Auch die vor ihrer Verehelichung versicherungspflichtig gewesenen Ehefrauen kommen hier in Betracht. Aus diesen Kreisen ist wiederholt erklärt worden, daß bei ihnen für die Invaliden- und Altersversicherung ein geringeres Bedürfnis bestehe als für die Hinterbliebenenversicherung. Hierin wird ein Grund dafür gesehen, daß von der freiwilligen Versicherung bisher so wenig Gebrauch gemacht worden. Unter der Voraussetzung, daß dies zutrifft, erwartet der Entwurf nach Einführung einer Versicherung für die Hinterbliebenen, ein größeres Verständnis für das Recht der Weiterversicherung und der Selbstversicherung.

Freilich sollen für die Weiterversicherung und die Selbstversicherung die den Pflichtbeiträgen entsprechenden Witwen- und Waisenbezüge nicht in vollem Umfange gewährt werden; es wird angenommen, daß nur diejenigen Personen von den freiwilligen Versicherungen Gebrauch machen werden, welche verheiratet sind und Kinder unter fünfzehn Jahren haben. Es würden somit fast in jedem Todesfall eines freiwillig Versicherten Renten zu zahlen sein, während bei den Pflichtversicherten, bei denen auf 100 versicherungspflichtige männliche Personen nur 46 Verheiratete kommen, kaum in der Hälfte der Fälle Ansprüche erwachsen. Allerdings würde eine Begünstigung der freiwillig Versicherten auf Kosten der Pflichtversicherten nicht zu billigen sein. Aber deshalb ist unseres Erachtens doch nicht unbedingt notwendig, die Zahl der freiwillig geleisteten Beiträge bei der Bemessung der Hinterbliebenenfürsorge nur zur Hälfte anzusetzen. Das könnte vermieden werden durch entsprechende Erhöhung der Beiträge der freiwillig Versicherten. Für die Invalidenversicherung hat man ihnen das Recht zugebilligt, durch Zusatzbeiträge eine höhere Rente zu sichern, obwohl nach der Entwurfsbegründung in den Kreisen der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden für diese Art von Versicherung ein erheblich geringeres Bedürfnis besteht, als für die Hinterbliebenenfürsorge. Für letztere ist eine Zusatzversicherung ausgeschlossen. Die Hinterbliebenenbezüge, die auf Grund der Pflichtversicherung gewährt werden sollen, sind so wie so schon sehr knapp. Reduziert man sie für die freiwillige Versicherung nun noch auf die Hälfte, so wird das sicher nicht dazu dienen, diese Versicherungsart mehr in Aufnahme zu bringen, als die Begründung des Entwurfs es wünscht. Soll das geschehen, so muß die freiwillige Versicherung gegen Leistung höherer Beiträge denselben Rechtsanspruch begründen, wie die Pflichtversicherung.

Fürsorgeberechtigt sollen nach dem Entwurf sein die Hinterbliebenen von verstorbenen Versicherten, welche die Vorbedingungen für die Invalidenrente erfüllt, bezw. die Wartezeit für die Invalidenrente zurückgelegt haben. Für die Selbstversicherer wird eine verlängerte Wartezeit nicht eingeführt.

Nach dem Tode des Ernährers durch einen Unfall herbeigeführt, so soll ein Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge nur in-

so weit bestehen, als die zu gewährenden Bezüge die gewährte Unfallrente übersteigen.

Nach Umfang und Höhe geht die Hinterbliebenenfürsorge nicht so weit, wie die Versorgung, welche die Unfallversicherung den Hinterbliebenen der durch Unfall getöteten Arbeiter gewährt. Läßt sich das rechtfertigen? Wir beantworten diese Frage mit einem entschiedenen Nein. Die Begründung meint: bei der Unfallversicherung recht fertige sich eine höhere Fürsorge, weil der Tod, nicht im gewöhnlichen Verlaufe der Dinge, sondern als Folge eines bestimmten Vorkommnisses in der Betriebsarbeit eingetreten sei, für das den Hinterbliebenen eine „Art von Entschädigung“ zugebilligt werde. Bei der Hinterbliebenenversicherung aber solle der Frau und den Kindern, die den Ernährer „nach allgemeinem Menschenjoch“ verloren haben, nur eine Beihilfe im Witwen- und Waisensinne gewährt werden. Dieser Vergleich widerspricht ganz gewiß dem sozialpolitischen Verständnis und dem Gefühl der Arbeiterklasse sehr scharf. Die „höhere Fürsorge“ durch die Unfallversicherung ist doch auch nur eine durchaus unzulängliche. Im Hinblick auf diese „Fürsorge“ die für die Hinterbliebenen niedriger zu bemessen, das geht vernünftigerweise nicht an. Und weiter: für die starke Mehrheit der Arbeiter, die Frau und Kinder zurücklassend in Armut und Not, sterben, trifft es nicht zu, daß sie „nach allgemeinem Menschenjoch“ ihrer Familie verloren gehen. Sie sind ebenso die Opfer des kapitalistischen Ausbeutungssystems, wie die, welche durch Betriebsunfall zu Tode kommen. Uebermäßige Arbeitsleistung unter dem Druck der Entbehrung, der Not, des Elends; Verwüstung ihrer Arbeitskraft im Dienste des Kapitalismus und schlechte Lebenshaltung überantworten sie frühem Siechtum und Tod. Die große Mehrheit der Arbeiter erleidet nicht das natürliche allgemeine Menschenjoch, nein, sie trifft das Schicksal ihres Berufes und ihrer Klasse.

Es kommen bei der Hinterbliebenenversicherung in Betracht: die Witwenrente bezw. das Witwengeld und die Waisenrente bezw. die Waisenaussteuer. Wegen der „Höhe der erforderlichen Mittel“ will der Entwurf die neue Versicherung auf die Befriedigung der dringendsten Fürsorgefälle beschränken. Aus dem Umfande, daß der Schwerpunkt der Belastung die Ansprüche der Witwen bilden, folgert die Begründung, daß bei ihnen die „gebotene Beschränkung“ einzuführen habe. Erwerbsfähige und erwerbsunfähige Witwen werden verschieden behandelt. Nur für erwerbsunfähige Witwen wird ein unbedingtes Fürsorgebedürfnis anerkannt. Von der kinderlosen erwerbsfähigen Witwe wird vorausgesetzt, daß sie mindestens in dem gleichen Umfange tätig zu sein vermag, wie die ledige weibliche Person. Auch die erwerbsfähige Witwe mit Kindern wird einer laufenden Fürsorge dann nicht mehr dringend bedürftig erachtet, wenn die Kinder erwerbsfähig geworden sind. Und selbst während des fürsorgeberechtigten Alters der Kinder kann nach dem Entwurf eine laufende Zuwendung an die Witwe „entbehrlich“ werden, „wenn durch die fortwährende Unterstüßung der Waisen die Kosten ihres Unterhalts verringert werden und die Witwe im allgemeinen nur das zu ihrem eigenen Unterhalt Erforderliche durch Lohnarbeit beschaffen muß“. Eine Fürsorge für Witwen, welche nach erwerbsfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind, nimmt der Entwurf nicht in Aussicht.

Die Witwenrente erhält hiernach die engere Bedeutung einer Witweninvalidenrente. Als invalide gilt die Witwe, die nicht invalide ist, durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art und ähnlicher Ausbildung in der gleichen Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Die knappe Bemessung der Invalidenrente soll nach der Begründung bewirken, „daß für weib-

liche Personen ein Interesse daran erhalten bleibt, durch Fortentrichtung der Beiträge während der Ehe und auch im Witwenstande einen Anspruch auf die reichsgesetzliche Invalidenrente zu erwerben“. Diese Rente ist nach dem im Entwurf vorgeschlagenen Sätzen allerdings stets höher als die Witwenrente. Was aber soll geschehen, wenn die Voraussetzungen für beide Ansprüche, für die Invaliden- und die Witwenrente, zusammenreffen? Der Entwurf wählt den „Ausgleich“, daß in diesem Falle die Witwenrente nicht zur Auszahlung gelangt und der beitragszahlenden Witwe beim Tode des Mannes eine einmalige Barzahlung in Gestalt eines „Witwengeldes“ gewährt wird.

Als Ergänzung zum Witwengeld schlägt der Entwurf eine einmalige Zuwendung an die Waisen vor, die „Waisensteuer“, die bei der Schulentlassung der Waisen gewährt werden soll, „weil dann das Bedürfnis, über bare Mittel zu verfügen, für die Familie noch besonders fühlbar wird“.

Waisenteuern sollen erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters die hinterlassenen ehelichen Kinder unter fünfzehn Jahren und die hinterlassenen vaterlosen Kinder einer weiblichen Versicherten. Nach dem Tode einer versicherten weiblichen Person, die den Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, soll bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit den hinterbliebenen ehelichen Kindern unter fünfzehn Jahren ein Anspruch auf Waisenteuern und dem hinterlassenen Witwer ein Anspruch auf Witwenrente zustehen.

Im Falle der Wiederverheiratung fällt die Witwen- und Witwenrente weg, und zwar ohne daß — wie es nach den Vorschriften der Unfallversicherung geschieht — dem Wiederverheirateten eine Abfindung gewährt wird. Die Begründung setzt voraus, „daß invalide Witwen und Witwer nur dann eine zweite Ehe eingehen werden, wenn sie die Aussicht haben, ohne eine Zuwendung aus allgemeinen Mitteln die Kosten des Haushalts zu bestreiten“.

Wie schon bemerkt, werden die Versicherungsleistungen von den Versicherungsanstalten mit Beihilfe des Reiches getragen. Der Reichszuschuß soll betragen: 50 Mark jährlich zu jeder Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente; 50 Mark zu jedem Witwengeld; 25 Mark jährlich zu jeder Waisenteuern und 16 2/3 Mark zu jeder Waisenaussteuer.

Der Entwurf berechnet nach einer Verteilung der Versicherten über die einzelnen Lohnklassen, die Höhe der Leistungen, wie sie sich nach den Sätzen des Entwurfs nach Ablauf der mittleren Aktivitätsdauer (etwa 1763 Beitragswochen) mit Ausschluß des Reichszuschusses stellt: 1. Die Invalidenrente 274,80 Mark; 2. die Witwenrente 117,60 Mark oder 42,8 Prozent der Rente zu 1; 3. die Waisenteuern beim Vorhandensein

von einer Witwe	58,80	oder 21,4	Proz. der Rente zu 1,
„ zwei Waisen	89,40	„ 32,5	„ „ „ „ 1,
„ drei „	120,00	„ 43,7	„ „ „ „ 1,
„ vier „	150,60	„ 54,8	„ „ „ „ 1,
„ fünf „	181,20	„ 65,9	„ „ „ „ 1,
„ sechs „	211,80	„ 77,1	„ „ „ „ 1,
„ sieben „	242,40	„ 88,2	„ „ „ „ 1,
„ acht „	273,00	„ 99,3	„ „ „ „ 1,

Bei acht Waisen ist mit 273 Mark die Grenze der Waisenteuern erreicht. Auf eine größere Zahl von Waisen wird keine Rücksicht genommen, denn der Gesamtbetrag der an die Waisen einer Familie zu zahlenden Rente soll nach dem Vorhinein des Entwurfs nie höher werden dürfen, als die Invalidenrente des verstorbenen Ernährers. Die Begründung glaubt, diese Einschränkung damit rechtfertigen zu können, daß es eine „unbillige Verbesserung der Lage der Familie“ wäre, wenn ihre Glieder nach dem Tode des Ernährers günstiger ständen, als wenn dieser bei-

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreher.

(Nachdruck verboten.)

27 Nun änderte sich das Bild. Man fühlte sich plötzlich geehrt durch ihre Anwesenheit, eine Deputation wurde beordert, die es der Schönen „freundlichkeit“ nahe legte, sich während der Kaffeetafel durch einige Vorträge beliebt zu machen.

Die Kunst triumphierte nun. Die besorgten Mütter lächelten beglückt, in der Brust der würdigen Väter aber wurden geheime Wünsche wach. Man fand die Brillanten nun erklärlich, denn eine Schauspielerin, selbst eine junge und schöne, wurde hier nicht mehr zu den Mädchen gerechnet.

„Nicht übersehen Sie wohl heute ganz?“ wandte sich Frau Dankelberg endlich an Edler.

„Aber meine Gnädige, wie können Sie nur denken... Bardon für mein Versehen. Wie geht's, was macht die glückliche Braut?“

Fritz lachte wieder, denn er hatte aus der Betonung der letzten Worte nur zu sehr den Spott herausgehört.

Dieser Schwerenöter, der mit allen Händen geheißt war, gefiel ihm seiner Unersförenheit wegen, die er stets an den Tag legte, sobald er Geld in der Tasche hatte. Und das mußte heute der Fall sein, denn Edler hatte dem Kellner bereits einen Wink gegeben, und nun brachte der Servietenschwenker eine Flasche Sekt, was in der nächsten Umgebung allgemeines Aufsehen erregte.

„Wir können nicht klagen, und Ihnen scheint's ja auch gut zu gehen“, gab Frau Dankelberg gedehnt zurück. Sie haßte diesen Menschen, als Frau sowohl wie als Mutter. Denn er war immer „möblierte Herr“ gewesen, von dem Guste Trolle erzählt hatte, daß er sich für „Fräulein“ interessiert habe. Als „ewiger Kandidat“ war er zu Dankelbergs gezogen, hatte mit Mühe und Not seinen Referendar gemacht, raffelte dann aber im Staatsexamen durch.

Als er zuzog, war Emmy noch ein halbes Kind. Er hatte es vortrefflich verstanden, sich einzunisten und Frau Dankelbergs Güte gehörig zu mißbrauchen. In ihrem Innern konnte sie sich nicht verhehlen, daß, als Emmy allmählich zur Jungfrau heranreife, damals der Gedanke sie stark beherzichte, man könnte sich Edler zum Schwiegersohn erziehen, gerade so wie man jetzt nach Trolle die Nebe ausgeworfen hatte.

Leider war man damit an einen ganz Unwürdigen gekommen. Später erfuhr man, daß er zur selben Zeit, als er

sich um Emmy bewarb, einen sehr schlimmen Verkehr mit weiblicher Bedienung hatte und in dieser Beziehung sehr anrüchig war.

So gab man ihm denn den Laufpaß und schenkte ihm oben-drein die Schulden.

Emmy sandte ihm keine Träne nach, denn sie hatte ihn nie geliebt; wohl aber weinte sie schmerzlich darüber, daß sie auf Wunsch der Eltern die Absicht gehabt haben konnte, einem derartigen Menschen die Hand ihres Lebens zu reichen. Diese trübe Erfahrung hatte ihr frühzeitig eine gewisse Reife der Anschauung gegeben, die Trolle oftmals an ihr bewundern mußte.

Als Edler immer mehr zu verbummeln begann, wurde er außer dem Saale zu einem Anfängler Dankelbergs, in dessen gesellschaftliche Kreise er eingeweiht war.

Alles das wußte Frau Dankelberg, und deshalb gestellte sich zu ihrem Haß auch noch die Verachtung. Ahnungslos blieb sie nur bezüglich Rosas, wenigstens was ihren Mann betraf. Nur Emmy hatte Kenntnis davon. Ein Brief an Edler, den sie zufällig in seinem Zimmer fand, hatte ihr die Augen geöffnet. Voll tiefer Scham erfüllt darüber, wagte sie niemals zu der Mutter davon zu sprechen.

Nebrigens trug Edler gegen Dankelbergs die gleiche Verachtung im Herzen. Als Kenner ihrer intimsten Familienverhältnisse behandelte er sie mit der zynischen Offenheit einer unreinen Natur, die das Erröten längst verlernt hat. Deshalb hatte er auch die Alte zuerst geschmäht.

„Was der Mensch braucht, muß er haben“, gab er ihr nun zurück und schenkte drei von dem halben Duzend Kleiden voll, das der Kellner fürstlich um die Flasche gruppiert hatte. „Erinnere ich mich recht, Gnädige, so waren Sie niemals für Sekt“, wandte er sich dabei an Frau Dankelberg, um sich der Notwendigkeit zu entheben, sie einzuladen.

„Ich lasse mein Leben für Champagner“, bemerkte Frau Schneider und ließ ihre kleinen Augen leuchten, als sie mit Edler ansetzte.

„Das wäre recht schade“, dachte er, „denn ich hoffe ihre offene Hand noch recht oft in Anspruch zu nehmen.“

Sie schmeckte nach dem Trinken unheimlich mit den Lippen, lobte die Marke, um ihr Verständnis zu beweisen, raunte dann aber Fritz das Wort „Söffel“ zu, weil er sein Glas mit einem Zug geleert hatte und es dem „Affessor“ wieder hinghielt.

„Ah, da ist ja das glückliche Brautpaar“, sagte dieser plötzlich und machte eine Wendung dem Saale zu.

IV.

Bevor Edler an den Tisch getreten war, hatte sich Emmy erhoben und ihren Verlobten gebeten, den Walzer mit ihr zu tanzen.

„Ahnungslos war Trolle darauf eingegangen, und den flotten Tänzer in sich spürend, hatte er sich vergnügt mit ihr im Kreise gedreht. Nun war er überrascht, diesen Gast an der Tafel zu sehen.“

„Wie kommt der Mensch an unseren Tisch?“ fragte er Emmy, die ängstlich an seinem Arme hing.

„Er ist ein Bekannter von Schneiders“, redete sie sich heraus.

„Und von deinem Papa“, fiel er ein. In ihrem blassen Gesicht merkte er ihre Erregung, unter der sie ihm etwas zu verbergen suchte. Niemals hatten sie beide über Edler gesprochen, weil keine Veranlassung dazu vorlag. Sie schämte sich seiner einsigen Bekanntschaft, und er befürchtete, dann auch die schlimmsten Seitenprägungen ihres Vaters berühren zu müssen.

„Nun ja — er besorgt, glaube ich, hin und wieder Geschäfte für ihn“, kam es zögernd über ihre Lippen. Eingeschüchtert sah sie ihn an, um in seinen Augen nach irgend Etwas zu forschen.

„Das sieht ihm auch ähnlich, er ist ein vollendeter Lump“, presste er hervor und machte eine Schwenkung, um ihrem Ziele zu entgehen.

„Das weiß ich... man erzählt sich so manches von ihm“, sagte sie wieder kleinlaut und flammerte sich an ihn fest, als könnte ihr Blick heute ein jähes Ende nehmen, wenn sie ihn von sich ließe.

„Wir können mit ihm nicht zusammenstehen. Deine Mutter muß benachrichtigt werden“, fuhr er fort.

„Selbstverständlich. Ich tue alles, was du willst. Schon Schneiders sind mir heute unangenehm.“

Ihre Worte klangen bestimmter, denn sie war ruhiger geworden. Innerlich aber zitterte sie bei dem Gedanken, er könnte von ihren einsigen Beziehungen zu Edler etwas erfahren.

Sie durchwanderten den Saal und fanden in einem kleinen Seitenzimmer ein verstecktes Plätzchen, wo sie ungestört sitzen konnten. Plötzlich empfand sie Kopfschmerzen und bat um eine Selter. Dieser Umstand erschien ihm als eine willkommene Ansrede der bisherigen Gesellschaft gegenüber. Er ließ sie allein und kehrte zur großen Tafel zurück.

„Ah, sieh da, Herr Kollege“, begrüßte ihn Edler, den der Sektrausch bereits erfasst hatte.

bedeuten invalide geworden wäre! Die Witwenrente wird auf den Betrag der Invalidenrente des Ernährers nicht mit angerechnet; sie kommt neben der Waisenrente zur Auszahlung, so daß die Hinterbliebenenrenten zusammen das anderthalbfache der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers als das Höchstmäß betragen können, dann nämlich, wenn acht Waisen vorhanden sind. Eine erwerbsunfähige Witwe mit vier Kindern würde für sich 117 Mark und für die Kinder 150 Mark, also zusammen 267 Mark jährlich oder 7 Mark weniger als die Invalidenrente erhalten. Davon sollen eine erwerbsfähige Frau und vier Kinder „leben! Zusammen mit der Witwenrente ergeben die untersten vier Klassen in steigendem Maße nach unten eine Kürzung des Betrages der Invalidenrente; bei einer Witwe beträgt diese Kürzung nur 100 Mark. So will der Entwurf eine „unbillige Verbejierung“ der Lage der Familie verhehlen!

Wer möchte zu bestreiten wagen, daß diese Hinterbliebenenfürsorge, die natürlich die öffentliche Armenpflege ausschließen soll, durchaus unzulänglich ist? Die öffentliche Armenpflege würde in Erfüllung der ihr gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe, Unterstützungsbedürftige wenigstens mit dem Nötigsten und Unentbehrlichsten (Wohnung, Nahrung und Kleidung) zu versehen, eine erwerbsunfähige Witwe mit vier Kindern mit 267 Mark jährlich, oder pro Person täglich vierzehn Pfennige, nicht abfinden können.

Wie die Unfall- und Invalidenrenten, so müssen auch die zu schaffenden Hinterbliebenenbeträge eine erhebliche Erhöhung erfahren, wenn sie dem Begriff einer Hinterbliebenenfürsorge entsprechen sollen.

9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Hamburg, 4. Juni.

Im weiteren Verlaufe der Statutenberatung am Freitag ward ein Antrag angenommen, wonach die Stagesfrage nicht erledigt ist und der Vorstand beauftragt wird, neue Berechnungen aufzustellen und dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu unterbreiten resp. Bericht zu erstatten.

Weiter wurde eine Reihe Änderungen und Zusätze beschlossen, die den Beitritt, die Beitragsbindung resp. Befreiung und die Legitimationspflicht regeln. Mitglieder, die wegen ihres Verhaltens mit einer gewissen Regelmäßigkeit erwerbslos sind, können der Invalidenklasse (10 Pfg. Beitrag) eingereiht werden; Halbinvaliden verbleiben in der Klasse für Jugendliche und weibliche; die Einreihung in eine höhere bzw. niedrigere Klasse erfolgt durch Beschluß der Ortsverwaltung, in Zweifelsfällen des Vorstandes. Den weiblichen Mitgliedern zu gestatten, in die höheren Beitragsklassen einzurücken, ward abgelehnt, ebenso die Änderung der Bestimmung über Gemäßigtenunterstützung, wo der Vorstand die Streichung des Passus eintrifft, daß die Unterstützung bei Maßregelung „infolge Eintretens für vom Verband anerkannter Arbeitsbedingungen“ gezahlt wird. Dagegen ward bezüglich der aus anderen Verbänden mit niedrigeren Beiträgen und Leistungen Uebertretenden beschlossen, daß sie erst nach 52 Wochen Karenzzeit Anspruch auf Unterstützung haben, wenn sie im früheren Verband vor dem Uebertreten ausgesondert waren, sofern es nicht frühere vollberechtigte Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind, die innerhalb 13 Wochen nach Rückkehr in die Metallindustrie wieder übertraten. Weiter ward beschlossen, daß Jugendliche nach Vollendung des 18. Jahres, wenn sie 4 Wochen nach beendeter Lehrverhältnis beitreten, Reisegeld bis zur Hälfte des den männlichen Mitgliedern zustehenden Mindestbetrages erhalten können, vom Reisegeld dürfen laufende und rückständige Beiträge in Höhe des Grundbeitrages ohne Lokalaufschlag abgezogen werden. Die Änderung der Umzugsunterstützungsfälle ward vom Vorstand und der Statutenberatungskommission beantragt, die Karenzzeit von 52 Wochen auf 78 Wochen, die Austrittsfrist für die einzelnen Klassen von 1 auf 2 Jahre hinaufzusetzen. In namentlicher Abstimmung ward die beantragte Erhöhung der Karenzzeit abgelehnt, dagegen eine Erhöhung auf 72 Wochen beschlossen. Gleichfalls in namentlicher Abstimmung ward die Erhöhung der Austrittsfrist auf 2 Jahre abgelehnt. Mitglieder, die erst nach vollendetem 50. Lebensjahre beitreten, erhalten nach 52-wöchentlicher Beitragsleistung männliche 6 Mk., weibliche 3 Mk. wöchentlich; eine Steigerung findet nicht statt.

(Nachmittagsitzung.)

Nachdem die Kommission nochmals zusammengetreten war, um die sich aus dem Beschluß zu § 9 (Beibehaltung der Steigerungsfristen) ergebenden Konsequenzen zu prüfen, wird auf

Ein kaum merklicher Kopfnicker Trolas war die Antwort. Er wollte jeden Schein vermeiden, als wäre es ihm darum zu tun, den Assessor überhaupt nicht zu kennen. So ließ er sich denn auch herbei, ein paar kurze Worte mit ihm zu wechseln. Dann aber verständigte er rasch Frau Dantelberg.

„Emmy ist schlecht geworden? Dann muß ich wohl —“ Sie erhob sich sofort und bat um Entschuldigung.

Trola benutzte die Gelegenheit, sich gleich von den übrigen zu empfehlen.

Ein allgemeines Bedauern am Tisch, ein abermaliger Kopfnicker Trolas zu Edler, und man war glücklich über die Klippe gekommen.

Nun saßen sie alle drei hinten in der Ecke, machten es sich gemütlich und dachten nicht ans Gehen. Man war überein gekommen, später die Ansprache zu gebrauchen, daß sich Emmys Zustand wieder gebessert habe, und daß man daher wieder geblieben sei, ohne den Platz noch einmal zu wechseln.

Frau Dantelberg merkte sofort, wie die Sache lag, und so raute sie hastig, als Trola ihnen auf ein Weichen den Rücken gewandt hatte: „Weiß er etwas davon, daß der Edel davon einmal Absichten auf dich hatte?“ Und als Emmy verneint hatte und Trola wieder bei ihnen saß, setzte sie sich wieder aufs hohe Pferd, indem sie über Edler sehr entrüstet tat.

Sie wisse selbst nicht, wie „dieser Mensch“ dazu komme, sich ihrer Gesellschaft anzubringen. Schneiders hätten nun aber einmal einen gewöhnlichen Geschmack. Manchmal müsse man aber mit den Wölfen heulen. Sie werde es ihrem Manne angeden, daß er nicht jeden seiner Agenten in „anständige Gesellschaft“ einführen solle.

„Seien Sie nur ganz ruhig, werter Herr Felix. Es soll gewiß nicht wieder vorkommen,“ schloß sie und klopfte ihm zärtlich auf die Schulter.

Trola nidte zwar freundlich, seine frühere gute Stimmung seufzte aber nicht wieder zurück. Als irgend ein paar ihm gleichgültige Fragen an den Tisch kamen und ihre Gesprächigkeit erben ließen, entschuldigte er sich auf kurze Zeit unter dem Vorwande, er wolle einmal sehen, wo „der Alte“ stehe. In Wahrheit fühlte er das Bedürfnis, auf wenige Minuten mit sich allein zu sein und den stillen Beobachter zu spielen. Er wand sich glücklich durch das Getriebe, stieg zu der Galerie empor, die über die eine Querwand des Saales lief, und ließ sich hinter der Gardine nieder, die die erste Logenöffnung abschloß.

Unter ihm brodelte die Tanzwelt. Glühende Wangen, nackte

ihren Antrag dieser Beschluß aufgehoben und der Kommissionsantrag, die Steigerungsfälle von 2 zu 2 Jahren eintreten zu lassen, mit großer Mehrheit angenommen.

Neunte Generalversammlung der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Kr. Hannover, 3. Juni.

5. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangt eine Resolution zur Annahme, in der das Vorgehen des Herrn Dr. Kupperberg in Bubenheim verurteilt wird. Der Herr versucht nämlich, auf eine eigne Art Lohnverschlechterungen einzuführen. Indem er die Weinsflaschen fortsetzt und in verschiedene Qualitäten einteilt, entstehen ganz beträchtliche Lohnreduzierungen. Eine zweite Resolution beschäftigt sich mit dem Vorgehen verschiedener Firmen in Weiswasser. Seit Januar d. J. wurde dort eine Kürzung des Lohnes um 7½ Prozent vorgenommen und die Arbeitszeit um ½ Stunde täglich verlängert. Nach Versicherung der Firmenträger soll die Lohnreduzierung mit dem 1. Juli auf 5 Prozent gemindert werden. Da die Anzeichen aber darauf hindeuten, daß dieses Versprechen nicht gehalten werden soll, so beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, auf die Entwicklung dieser beiden Angelegenheiten ein nachsames Auge zu haben und den Kollegen beizuflehen, falls es zum Kampfe kommt.

Genosse Bauer erhält nunmehr das Wort zu seinem Vortrag über die Reichsversicherungs-Ordnung. Eine gegen den Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf gerichtete Resolution findet einstimmige Annahme.

Den Bericht der Kommission zur Einführung der Krankenunterstützung gibt Kollege Bulke-Leipzig. Dieser empfiehlt die Einführung der Krankenunterstützung bei Zahlung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. pro Woche. Die Unterstützung soll täglich 50 Pfg. auf die Dauer von 6 Wochen betragen. Die Karenzzeit beträgt für Mitglieder, die ein bis drei Jahre dem Verbande angehören, 6 Monate, für jene, die drei und mehr Jahre Mitglied sind, 3 Monate und für alle neueintretenden Kollegen 1 Jahr. Die Kommission glaubt jedoch, daß augenblicklich nicht die passende Zeit für Erhebung höherer Beiträge ist. Sie empfiehlt daher, die Einführung der Krankenunterstützung auf eine günstigere Zeit zu verschieben und die Festsetzung der Zeit der Beitragsverhöhung dem Vorstände zu überlassen. Diese Vorschläge werden mit 58 gegen 3 Stimmen angenommen.

Ueber den Internationalen Glasarbeiterkongress, der im Jahre 1908 zu Paris tagte, referiert Kollege Wuhmann. Neben zeichnet ein Bild der Zusammenkunft des Kongresses, es waren 15 Nationen vertreten, die alle vom Geiste brüderlicher Solidarität erfüllt und bestrebt waren, durch internationale Verbindungen die Lebensbedingungen der Glasarbeiter zu verbessern. Durch ein Mißverständnis verließen die Delegierten aus Amerika und Belgien den Kongress. Der Kongress beschäftigte sich mit der internationalen Verbindung und mit der Frage: Wie ist die Ueberproduktion zu beseitigen? Als geeignete Mittel hierzu wurde die Anstrengung eines wöchentlichen Ruheabtages, Arbeitsruhe während der heißen Jahreszeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Beilegung der Nacharbeit genannt. Der Erfolg der Verhandlungen war, trotz aller heftigen Debatten, die Einsetzung eines internationalen Sekretariats. Die Wahl fiel auf Kollegen Gribig. Derselbe bemüht sich nun mit Unterstützung der übrigen Vorstandsmitglieder, die internationalen Verbindungen nicht nur hoch zu halten, sondern sie zu erweitern. — Genosse Horn, früherer internationaler Vertrauensmann, der verhindert war den letzten Kongress zu besuchen, beschwört sich, daß man seinen Bericht nicht dem Kongress unterbreitet hat. Nach Auffassung der Delegierten gilt dieser Punkt als erledigt.

Es wird nunmehr in die Beratung der einzelnen zum Statut gestellten Anträge eingetreten. Ein heißes Ringen um die Sitzverlegung beginnt, da etliche Orte der Meinung waren, daß, wenn der Sitz in Dresden sei, die einzelnen Branchen besser im Vorstand vertreten sein würden. — Gegen wenige Stimmen wird der Antrag auf Sitzverlegung abgelehnt. — Der Beitrag bleibt in jetziger Höhe — 30, 40 und 50 Pfg. — bestehen, doch soll für jede Klasse ein Krankenzuschlagsbeitrag in Höhe von 10 Pfg. wöchentlich erhoben werden. — Die Arbeitslosenunterstützung wird insofern anders geregelt, als man die Beitragsleistung in jetziger Höhe 5 bis 10 Wochen bei stufenweiser Steigerung gewährt werden. Sie soll betragen bei einer Mitgliedschaft von 52 bis 312 Wochen in der 30 Pfg.-Klasse 90 Pfg. und soll bis zu 1,20 täglich steigen, desgleichen

Schultern, weiße Kleider und schwarze Fräde führten einen tolen Wirbel. Der Dudenpaß mit dem großen langweiligen Kronleuchter, die Durchschnittsgröße, die geschlossenen Toiletten und das eintönige Gedulde der Musik — alles paßte stimmungs-voll zueinander. Der Geist war in die Höhe geklungen. Wer das Langbier wieder schmeckt, der war der richtige Mann. Brütende Hitze stieg zur Decke empor und umflorte die zahllosen Kerzenhüllen, deren Gasflammen in den Wolken von Tabakqualm bereits rätlicher strahlten.

Witten im Gewoge der Geigen, aus dem die Klarinette zeitweilig laut hervorquieschte, als belämen ihre Töne einen unerwarteten Rud, flang abgebrochen helles Mädchenlachen. Rufe nach dem Keller wurden dann laut. Jemand eine Berlinische Redensart vernahmte sich damit und erweckte schallendes Gelächter. Ein ältlicher, stark angehauchter Herr torkelte durch den Reigen, trieb wie ein guter Bekannter seine Späßen mit den jüngeren Damen und ließ sich dann schwer an der Seite seiner gestrengen Ehehälfte nieder, aus deren ernster Miene nichts gutes sprach.

Trola lehnte sich zurück und schloß auf Minuten die Augen. Während er seinem Gedanken eine bestimmte Richtung gab, erklang ihm die Musik wie in weiter Ferne, und er selbst erschien sich wie in einer anderen Welt, losgelöst von dieser Umgebung. Visionär tauchte seine Vergangenheit in ihm auf, mit anderen Sitten, anderen Gezeiten. Er hatte die bestimmte Empfindung, plötzlich einen großen Sprung tun zu müssen, hinweg über diese Gesellschaft, um sich in Einsamkeit zu flüchten und zu retten. Es war ihm, als flünde seine Mutter hinter ihm, führe ihm losend durch das Haar, benutzte sich liebevoll zu ihm nieder, und raunte ihm sanft die Worte zu: „Mein stolzer Junge, kehre um.“

„Ich fuhr er plötzlich zusammen. Das Wort Hannover schlug deutlich an sein Ohr. Lilt er wirklich an Sinnestäuschung, hatte die Gefühlswelt ein Echo in ihm erweckt? Schläfrig starrte er wieder vor sich hin. Eintönig drang das Scharren der Tanzenden zu ihm herauf. Und laut wie zuvor gellte die Musik ihm in die Ohren. Dann verdrängte der Anblick Edlers mit seinem häßlichen Einbruch das Lichtbild von vornhin.

Er fühlte wieder die tausend Fäden, die ihn wie ein gewaltiges Lebensnetz an sein selbst geschaffenes Dasein fesselten, ihn weich umschlangen, als wollten sie symbolisch das Mißkenden, das von ihm Besitz ergriff.

(Fortsetzung folgt.)

in den beiden anderen Klassen von 1,20 bis 1,60 Mark resp. 1,50 bis 2 Mark. Der Vorstand glaubt durch diese Regelung eine Sanierung der Verbandsfinanzen anzubahnen. Der Betrag der Sterbeunterstützung wird insofern geändert, als der Grundbetrag von 30 Mark auf 15 Mark herabgesetzt wird. Der Redakteur soll in Zukunft dem Vorstand mit beratender Stimme angehören.

Die Verhandlung wird um eine Stunde angesetzt und der Rest der Tagesordnung in einer Abendsitzung. Die nächste Generalversammlung soll sich mit der Zeit und deren Regelung beschäftigen. Ferner beschließt die Generalversammlung einen Platz in der Parteischule zu belegen und soll zunächst Kollege Gribig als Parteischüler angemeldet werden.

Die übrigen Anträge sind interner Art und eignen sich daher wenig für die Öffentlichkeit.

Die Vorstandswahl ergibt keine Änderung, es wird die bisherige Verbandsleitung wiedergewählt.

Nach einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden Gribig wird die Generalversammlung abends 10 Uhr mit einem Hoch auf die Organisation der Glasarbeiter sowie auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Bundestag der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise.

In den Pfingsttagen fand in Hamburg die Bundesversammlung für Naturheilekunde statt. Einschließlich des Bundesvorstandes waren 177 Vertreter und viele Gäste anwesend. Den Geschäftsbericht erstattete der Bundesvorsitzende Braun-Berlin. Daraus ging hervor, daß der Bund zurzeit 140 193 Mitglieder in 859 Vereinen zählt. Das bedeutet eine Zunahme von 9074 Mitgliedern seit dem letzten Berichte. Das Bundesvermögen beträgt 132 465 Mark. Für den Krankenhausbaufonds sind 124 472 Mark bisher eingegangen. —

Herr Schirmmeister ergänzt die Mitteilungen zum Geschäftsbericht; nach seinen Darlegungen sind circa 250 Luftbäder mit Spielplätzen, circa 40 Dampf- und Flußbäder, circa 400 Ausleihstellen für Badegeräte zur Krankenpflege und circa 700 Bäder im Gesamtwerte von über fünf Millionen Mark von den Vereinen geschaffen worden.

Außerdem sind die Naturheilvereine an 5000 Schrebergärten beteiligt und der Bund wird sich dem Zentralverband für Familien- und Arbeitergärten anschließen.

In der anschließenden Diskussion vertrat Schred. Viele-feld die Ansicht, daß die Naturheilvereine mehr die Kommunalpolitik beeinflussen müßten. Aufgabe von Stadt und Gemeinde sei es, in hygienischer Hinsicht alles zu tun, um die Einwohner vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Schwimmbäder, Spielplätze, Schrebergärten und Volkssports einzurichten und zu unterhalten, sei eine hohe kommunale Aufgabe, die auch in finanzieller Hinsicht für die einzelnen Kommunen kaum große Schwierigkeiten mache. Ferner regte der Delegierte die Herausgabe einer entsprechenden Merkliste an. — Allseitig wurde den Anregungen zugestimmt.

Aus dem Bericht der Abwehrstelle, den deren Leiter, Herr Schirmmeister, erstattete, geht die umfangreiche Tätigkeit der Abwehrstelle hervor. Besonders Aufmerksamkeits-schente die Abwehrleistung 1907 der Kurpfuscherei-Ausstellung in Berlin, 1908 derselben Sache in Dresden, da die Ausstellung in ihrer Abteilung 7 die Schriften der Naturheilekunde besonders behandelte und auch den Naturarzt mißsam den Schriften anerkannter Ärzte unserer Richtung als kurpfuscherijsch bezeichnete. Nach einer Statistik, die dort gezeigt wurde, sollen jährlich 14 Millionen Mark aus der Tasche des Volkes für diese Volkspeste ausgegeben werden! Protestversammlungen gegen diese Irreführung haben gute Erfolge gezeitigt. Gegen den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Kurpfuscherei — soweit es sich darum handelt, die freie Heilkunst zu erwürgen — wurde eine umfassende Abwehr organisiert. Auch literarisch hat die Abwehrstelle zu dieser Frage Stellung genommen durch die Ausarbeitung von 2 Eingaben an die Bundesregierungen. Der Impfstamp wurde weitergeführt, weil unsere neuere Rechtsprechung vielfach aus dem Gesetz ein Impfwangsgesetz gemacht hat.

Herr Siegert berichtet über die Schriftleitung. Wir sind bestrebt, nicht abzustehen. Eine unkluge Art der Agitation, die eine zu persönliche Note, hat uns niemals etwas genützt. Wir vergessen nicht, Anhänger zu gewinnen durch eine zielbewusste Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtsbestrebungen. Wir weisen keine Artikel zurück, die etwas taugen. — An die Diskussion über diese beiden Berichte schloß sich die Entlastungerteilung des Gesamtvorstandes.

Der Bundesauschuß unterbreitete durch Herrn Leube-Oera seinen Bericht. Im Anschluß hieran forderte er Herrn Schirmmeister auf, Anzupingen des Herrn König, Redakteur der Reformblätter, in Sachen Impfgegnerbund zu widerlegen. Herr Schirmmeister gab seiner dieser Aufforderung Folge und beauftragte so den Bundestag mit einer Sache, die lediglich die diversen Impfgegnerorganisationen angeht. Gleichzeitig schlug Schirmmeister einen solch scharfen Ton gegenüber den als Gast anwesenden Herrn König an, daß der Delegierte Schred mit aller Energie dafür eintrat, nunmehr die Rede Schirmmeisters als nicht gehalten zu betrachten oder dem Angegriffenen gleichfalls das Wort zu geben. Die Bundesversammlung vermochte nicht, sich auf diesen gerechten Standpunkt zu erheben und lehnte den Antrag Schred ab. Für die Zukunft dürfen sich solch störende Zwischenfälle nicht wiederholen.

Es folgte dann die Beratung der Bundesantragungen. Wegen der wesentlichen Erweiterung der Bundesunternehmungen soll der Bund sich die Rechte einer juristischen Person erwerben. Die Veränderungen betreffen darin, daß künftig die Organisation des Bundes sich aufbaut auf einen Bundes-Vorstand, der aus mindestens zwei je befohlenen Personen besteht, auf einem neunköpfigen Verwaltungsrat, ferner auf dem Beirat, der aus den Gruppenvorsitzenden oder deren Stellvertretern und auf die Bundes-Vorstellung, die sich wie bisher aus Delegierten (auf je tausend Mitglieder einen Vertreter) zusammensetzt. Die Verwaltung des Bundes lag bisher in den Händen eines neunköpfigen Vorstandes, der ehrenamtlich arbeitete. Nunmehr wird für die Leitung der Bundesgeschäfte zwei befohlene Vorstandsmitglieder bestimmt, dem zur Seite ein Verwaltungsrat aus neun Personen steht, der zugleich Aufsichtsinstanz ist. Ein weiteres Prüfungs- und Aufsichtsgremium ist der Beirat. Derselbe ist nunmehr zu einem selbständigen Körper geworden mit eigenem Vorstände, und seine Funktionen und Rechte sind in ganz außerordentlicher Weise erweitert worden, daß mit der neu geschaffenen Satzung ein ersprießliches Arbeiten zwischen den verschiedenen Verwaltungsorganen ermöglicht wird. — Zu befohlenden Bundesvorstandsmitgliedern werden einstimmig die Herren Paul Schirmmeister und Seeger gewählt. Als Redakteure verbleiben die Herren Dr. Schöndorfer und Siegert. Als Vorsitzender des Verwaltungsrates wird Herr Braun unter großen Vertrauensstimmungen einstimmig gewählt. Damit waren die Verhandlungen des ersten Tages erschöpft.

Abonnement für Diefeld und U wie bei sämtlichen W ins Haus gebracht 60 kig. Durch die 1,80 Mk. vierteljährig. Bestellgell Einzelnummer

Erscheinung mit Ausnahme der Feiertage täglich n

Fernsprech-Anschlu

Nr. 129

Die heutige

Die bad

Die Jahresber immer über das im letzten Gew Bundesstaaten vor einzigen Dafen in licher Verbeugung toren.

Der badijsche Z schienen und erwe gutem Verständnis heit an die Lösung Sie hat gegen das berriebe 1908 revid daß die Zahl der betrug. Gleichwohl kent der Betriebe länble“ reicht es wenigstens die Sä Beschaffenheit un lich einmal nachpr Mediert wurde Käufer und 19 Hoi den Beamten durch gegenkommen. beiter vor der En zu erklären, daß d inspektor nicht ge

Die meisten an — 1598 — mußten Staub- und Rauch-erlassen werden. nicht unterdrückt. sprodenen Selbsti daß der Augen d Strafe wohl meist rede, ihr Betriebe Werft!

Ein starkes G lich die Krise au darüber:

Das verfloste im höchsten Ma Vertriebsmächten, Arbeitskräfte beich In dieser Industrie gemacht. Es wu gleichen Zahl Fab

Im übrigen ha lazeiten gehandba rinnen am Sonna nicht gemöhen; i des-Dreies, der zu legt. Ein nettes lehrerin des Gelebe

In einem an 46 Uhr die Arb frauen zurück. 18 Frauen umgebun fehlenden gegen Wertmeister verfu führte eine ander bielt wegen Verfü eide 2 Jahre 4 W

Eine eigentümlich daß die schulentu wird, während fri gezogen wurde, d die Fabrik zu sch nicht zugleich im wiesen wurde. S und mechanische gegählt; in 10 W aber 2 Zebrlinge

Nicht unwichti werkschäftlich or schaften am stärk Metallarbeiterver Karlsruhe um 6 um 24 Prozent f band um 39, be beim christlichen Prozent gefallen.

Den unterchie Statistit über die Streits mit 20 2 Ausperrungen 19 Beteiligten. Die

Eine erfreulich tagsarbeit. Da f nahmen durch die gung der Sonnt nehrer wolle den arbeiten bezahlen auf irgend einem fationen darin a Sonntage versta Mit dieser W ganisation können